

2 Traditionslinien des Rechtsradikalismus in Niedersachsen

Der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag im Jahr 2017 ist der vorläufige Höhepunkt einer gesellschaftlichen Entwicklung, die sich spätestens seit PEGIDA 2014/15 angekündigt hatte. Bereits zuvor war die neue Sammlungspartei rechts der Mitte im Kontext der »Flüchtlingskrise« mit beachtlichen Ergebnissen in einige Landesparlamente eingezogen. Damit ist seit den 1950er Jahren erstmals wieder eine Partei deutlich rechts der Mitte im Bundesparlament vertreten. Anders als frühere rechtsradikale Parteien in Deutschland könnte sich die AfD als fester Bestandteil des bundesdeutschen Parteienspektrums etablieren. Dies wirft die grundlegende Frage nach dem Zustand aktueller Bewusstseinsformen, gesellschaftlicher Politik- und Moralvorstellungen, politischer Überzeugungen und Mentalitäten auf.

Denn die fortwährende Krise der alten Volksparteien und der Zuspruch für die AfD vollziehen sich schließlich nicht im luftleeren Raum. Sie sind vielmehr Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen, ausdifferenzierter Vorstellungen, Erwartungen und Ansprüche an die Politik und damit »Spiegel der sozialen und kulturellen Parzellierung«¹. Und ebenjene Umbrüche drücken sich letztlich auch im Zerfasern des bundesdeutschen Parteienspektrums aus. Schließlich zählt zu den wichtigsten Aufgaben von Parteien die Aggregationsfunktion politischer Interessen und Vorstellungen – Parteien bündeln, kanalisieren und repräsentieren bis zu einem gewissen Grad politische Stimmungen. Insofern sind sie in ihrer jeweiligen soziokulturellen Verankerung und Institutionalisierung immer auch Symbole politischer Mentalitätsbestände. Doch wie sich diese Veränderungen vollziehen, ist offen. Jedenfalls deuten die derzeitigen Entwicklungen auf politische Verwerfungen im Bewusstseinshaushalt der bundesdeutschen Bürgerschaft hin, was überhaupt erst die Grundvoraussetzung des Erfolges »rigide[r] Nationalegozentriker weit rechts der republikanischen Mitte«² schafft.

1 Walter: Zeiten des Umbruchs?, S. 63.

2 Ebd., S. 204.

Die Debatte, wie sich rechtsradikale Organisationen, Assoziationen oder Einstellungsmuster analysieren lassen, ist zergliedert und zerstritten. Unzählige Perspektiven, Blickwinkel und Zugriffe haben sich in den vergangenen Jahren herauskristallisiert und in der Forschungslandschaft institutionalisieren können.³ Diese in Teilen festgefahrene Auseinandersetzung soll an dieser Stelle nicht rekapituliert werden; auch wird keine Positionierung darin angestrebt. Vielmehr soll mit einem der Debatte vorgelagerten Zugriff der Blick auf die Voraussetzungen und Bedingungen rechtsradikaler Bewusstseinsformen gerichtet werden: auf die Verfasstheit der politischen Kultur, der untergründigen Stimmungen und Mentalitätsbestände als gesamtgesellschaftlicher Nährboden. Denn einig ist sich die Forschung zumindest darin, dass die Konditionen für die Virulenz des Rechtsradikalismus – aufgrund der Komplexität dieses Phänomens – nicht genau zu bestimmen sind. Lediglich gesellschaftliche Rahmenbedingungen in der politischen Kultur für diese Eruptionen lassen sich herausarbeiten.⁴

Politische Kulturforschung setzt an diesem Punkt an, ihre Analyse ist ein Teilaspekt der Bestimmung der Performanz heutiger Phänomene. Der bereits erwähnte Karl Rohe erweiterte den vor allem von Gabriel Almond und Sidney Verba popularisierten Begriff der politischen Kultur, indem er weiter differenzierte zwischen den Ebenen einer politischen Sozial-⁵ und einer politischen Deutungskultur.⁶ Die Sozialkultur bilde eine Art Basis, ein Set an latenten Gewohnheiten, unausgesprochenen Selbstverständlichkeiten, kurz: an Lebensweisen und Mentalitäten. Diese seien, so Rohe, die tradierten Grundüberzeugungen, die jeweils spezifische kulturelle Beharrungskräfte besäßen, die dem Einzelnen auch nicht unbedingt bewusst sein müssten und die »zumindest für eine Zeitlang nicht in Frage gestellt werden«, mithin »die Ermöglichungsvoraussetzung allen politischen Lebens darstellen«.⁷ Demgegenüber sei die Deutungskultur eine Art »Überbau«, also die öffentlich sichtbare und manifeste Form politischer Artikulation und Interaktion.

Der analytische Kniff in Rohes Einteilung besteht nun darin, dass zwar beide Ebenen voneinander getrennt werden müssen, aber miteinander in steter Wechselwirkung stehen. Allerdings: Während sich die Deutungskultur je nach Konjunktur und politischer Wechselstimmung relativ schnell wandeln kann, muss dies zugleich nicht deterministisch auch einen langfristigen Einfluss auf die Sozialkultur haben. Und ebenso umgekehrt kann die jeweilige Verkrustung in der Sozialkultur

3 Zum Überblick vgl. Stöss: Forschungs- und Erklärungsansätze; Neugebauer: Einige Anmerkungen zu Begriffen; Salzborn: Rechtsextremismus.

4 In der Forschung wurde dieser Ansatz v.a. von Dudek und Jaschke geprägt; vgl. Dudek/Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik.

5 Um Missverständnissen vorzubeugen: Rohe gebraucht die Begriffe »Sozialkultur« und »Sozialkultur« nicht konsequent, auch weil sie inhaltlich synonym sind.

6 Rohe: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit.

7 Ebd., S. 42.

auch einen spezifischen Einfluss auf die jeweilige Ausprägung der Deutungskultur haben. An dieser Stelle gilt es nach Rohe, das gesamtgesellschaftliche Ineinandergreifen von Sozial- und Deutungskultur zu fassen. Erst in diesem Sinne meint Politische Kultur für Rohe den erwähnten »objektiv-geistigen Strukturzusammenhang«⁸, bezeichnet tieferreichende Vorstellungsmuster, die unter der Oberfläche messbarer Einstellungen liegen und sie zu einem Sinnzusammenhang verbinden.⁹ Ein solch umfangreiches Programm kann im Rahmen dieser Studie freilich kaum geleistet werden; dennoch kann Rohes Zugriff als Orientierungsmarke dienen, so dass sich Einzelanalysen zumindest in diese Richtung konzentrieren können.

Grundlegend für eine Fortführung dieses Gedankens ist, die Entwicklung rechtsradikaler Parteien und Organisationen in Niedersachsen im Längsschnitt zu betrachten. Der Überblick über die Ambivalenzen der politischen Kultur und das Wechselverhältnis zu rechtsradikalen Assoziationen, Mentalitäten und Bewusstseinsformen sowie Milieustrukturen soll eine Art Einstieg und historisch-ethnografische Folie als Ausgangspunkt für weiterführende Einordnungen liefern. Im Anschluss an Rohe bilden die lokalkulturelle Institutionalisierung und die Performanz von Parteien zuvörderst Kristallisationskerne der jeweiligen soziohistorischen Verfasstheit der politischen Kultur. Parteien und Organisationen verraten insofern zunächst einmal etwas über die Konstituierung der lokalen Deutungskultur. Erst mit einem genaueren, vertiefenden Blick lässt sich also im Anschluss an die Deutungskultur auch potenziell etwas über die tieferliegende Sozialkultur und damit die Politische Kultur insgesamt aussagen.

Die Analyse von Parteien liefert daher einen ersten strukturierenden Zugriff auf die Verfasstheit der Deutungskultur. Denn mithilfe der Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien in einzelnen Regionen wird ein erstes orientierendes Raster geschaffen, das etwas über die Beschaffenheit der jeweiligen sozialhistorischen, regional-lokalen Deutungskultur aussagt. Gruppierungen, Organisationen und Netzwerke sind aufgrund ihrer Artikulationsfunktion primäre Seismografen für bestimmte lebensweltliche Milieus und kulturelle Einstellungsmuster. Ihre Präsenz, aber auch ihr spezifisch-regionaler Zerfall dienen als Anhaltspunkte auf dem Weg zur Identifikation rechtsradikaler Teilkulturen – auch wenn sich die Perspektive an dieser Stelle ihrer analytischen Grenzen bewusst ist.¹⁰

Es gibt, wieder mit Karl Rohe, keinen sozialstrukturellen und keinen historisch-kulturellen Determinismus; stattdessen sind historische Traditionen und Sinnbezüge lediglich »Chancen, die einer Partei zugespielt werden. Mehr nicht.«¹¹ Diese Ambivalenzen stellen sich in regionalkulturellen Kontexten teilweise viel

8 Rohe: Politik, S. 162.

9 Vgl. Rohe: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit, S. 39f.

10 Vgl. grundlegend Walter: Analyse von regionalen Teilkulturen im Zerfall.

11 Rohe: Wahlen und Wählertradition in Deutschland, S. 182.

deutlicher dar als in großen, überbordenden Betrachtungen.¹² Gerade auch im Bundesland Niedersachsen zeigen sich historisch »landesspezifische Charakteristika«¹³, die zeithistorisch immer wieder unterschiedliche Auswirkungen auf das Ausmaß rechtsradikaler Einstellungsmuster wie auch auf die Strukturen des politischen Rechtsradikalismus hatten.

Nach 1945 bestand das Land Niedersachsen aus unterschiedlichsten, teils widersprüchlichen Traditionsbeständen – versinnbildlicht etwa in den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen zwischen Hannover und Oldenburg.¹⁴ Niedersachsen war von Anbeginn gekennzeichnet durch ein »beachtliches Stück an Ungleichzeitigkeit zwischen der politischen Neuordnung und der ihr graduell nachhinkenden gesellschaftlichen Entwicklung«¹⁵. Allein die verschiedenen territorialen Herrschaftstraditionen, die preußische Erfahrungszeit, aber auch der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gau-Satrapien sowie die »Flurbereinigung« der Länder unter britischer Besatzung machten das Land Niedersachsen seit seiner Gründung am 1. November 1946 zu einem »Kunstland« ohne eigenständiges, einheitliches Landesbewusstsein.¹⁶ Niedersachsen galt als ein »eher konservative[s] Bundesland«¹⁷, arbeiteten dort in den 1960er Jahren schließlich noch rund zwanzig Prozent der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft.¹⁸

Trotz dieser Ambivalenzen, trotz dieser spezifisch ländlich-geprägten Sozialstruktur galt das Land nach 1945 zugleich *auch* als SPD-Hochburg. Die Sozialdemokraten stellten hier insgesamt über vierzig Jahre den Regierungschef, bis heute gilt das Land als Kaderschmiede für SPD-Politiker mit bundespolitischen Ambitionen, wie etwa Kurt Schumacher, Gerhard Schröder oder Sigmar Gabriel.¹⁹ Sozialhistorisch betrachtet zeichnet die politische Entwicklung Niedersachsens gerade auch aufgrund seiner Flächengröße ein steter lebensweltlicher Konflikt unterschiedlicher Milieus aus. Die Konstituierung dieser »sozialmoralischen

12 Vgl. Weisbrod, Bernd: Region und Zeitgeschichte: Das Beispiel Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 68 (1996), S. 91-105.

13 Nentwig, Teresa/Werwath, Christian: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 15-24, hier S. 18.

14 Vgl. Reeken, Dietmar v.: Ein Land – viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59-78, hier bes. S. 61ff.

15 Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren, S. 214.

16 Vgl. Weisbrod: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen, S. 497.

17 D'Antonio, Oliver: Die CDU in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 135-158, hier S. 157.

18 Vgl. Schildt, Axel: Landestraddition und moderne Lebenswelt. Niedersachsen seit den sechziger Jahren. Eine Skizze, in: Ucker, Bernd Ulrich u.a. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 651-663, hier S. 652.

19 Vgl. Micus, Matthias: Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 107-133.

Milieus« (M. Rainer Lepsius) ist sowohl von konfessionellen als auch von soziostrukturellen Kontextfaktoren in ihrer geschichtlichen Entwicklung geprägt. Im heutigen Niedersachsen lassen sich seit dem 19. Jahrhundert schematisch grob vier Milieu-Ausprägungen identifizieren, die sich freilich regional-lokal nochmals unterschiedlich ausformten²⁰: Der Nordwesten von Oldenburg bis Wittmund war klassisch liberal, wohingegen der Westen von Süd-Oldenburg bis Osnabrück und ins Emsland katholisch-konservativ geprägt ist; und während die nordöstliche Region von Osterholz bis Lüneburg auf eine lange welfisch-protestantische Tradition zurückblicken kann, sammelte sich in den Industriegebieten im östlichen Braunschweiger Bezirk um Helmstedt, Braunschweig und Salzgitter das sozialistische Milieu. Alle vier Milieus knüpften nach 1945 weitgehend an ihre traditionellen Organisationsmuster aus der Weimarer Zeit an und formten dementsprechend unterschiedliche Parteiausprägungen mit.²¹

2.1 Parteien in Niedersachsen in der Nachkriegszeit

Der politisch-kulturelle Wandlungsprozess nach 1945 verlief in Niedersachsen wesentlich langsamer als in West- und Süddeutschland. Die Fixierung auf fest umrissene homogene Wählergruppen – wie auch die politische Orientierung insgesamt – schien hier besonders von lokalen und regionalen Interessen geprägten Politikangeboten repräsentiert zu werden. Die Bindung gerade des Bürgertums an die jeweiligen Repräsentanten hielt aufgrund regionalkultureller Resilienzen wesentlich länger an als etwa in den Industrieregionen West- und Süddeutschlands: »So überlebte im niedersächsischen Raum eine spezifische Ausprägung des Parteiensystems, das durch eine vorübergehende Renaissance des Neonazismus und die politische Zersplitterung des Bürgertums gekennzeichnet war.«²²

20 Vgl. Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren, S. 220.

21 Naßmacher, Karl-Heinz: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen. Wählertradition, Parteieliten und parlamentarische Aktivität niedersächsischer Regionalparteien nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 55 (1983), S. 71-97, hier S. 77.

22 Trittel, Günter J.: Die »verzögerte Normalisierung«: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit, in: Ucker, Bernd Ulrich u.a. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 635-650, hier S. 636.

Tabelle 1: Niedersächsische Landtagswahlresultate 1949– 63

	SPD	CDU	DP	FDP	KPD	Zentrum	GB/BHE	DRP	SRP
1947	43,4	19,9	17,9	8,8	5,7	4,1	–	0,3	–
1951	33,7	23,7		8,3	1,8	3,3	14,9	2,2	11,0
1955	35,2	26,6	12,4	7,9	1,3	1,1	11,0	3,8	–
1959	39,5	30,8	12,4	5,2	–	0	8,3	3,6	–
1963	44,9	37,7	2,7	8,8	–	–	3,7	1,5	–

Anmerkung: Die CDU trat 1951 zusammen mit der DP als Niederdeutsche Union an. Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Landeswahlleiters; Hucker, Bernd Ulrich/Schubert, Ernst/Weisbrod, Bernd (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 722.

Nach der ersten Bundestagswahl 1949 war – und das besonders in Niedersachsen – sofort von »Weimarer Verhältnissen« die Rede.²³ Schließlich gründeten sich hier, zwischen Wilhelmshaven und Göttingen, gleich mehrere Parteien rechts der Mitte, die mit teils beachtlichen Ergebnissen in die Parlamente einzogen. Ein landeskulturelles Spezifikum in der Parteienlandschaft war vor allem die Deutsche Partei (DP), mit dem konservativen Cunctator Heinrich Hellwege an der Spitze. Die DP war die nationalkonservative Konkurrenz zur CDU, vor allem in den protestantischen Gebieten Niedersachsens, wo ihre organisatorischen Zentren lagen.²⁴ Hellwege symbolisierte parteipolitisch geradezu das landesspezifische Welfentum und die anti-preußischen Affekte in den nordöstlichen Teilregionen Niedersachsens. Aber auch mentalitätsgeschichtlich betrachtet ist die DP eine Besonderheit; denn nach 1945 erfuhr das Heimat-Pathos eine ungemeine Verbreitung, wie es auch die Heimatfilme jener Jahre par excellence ausdrücken. Hellwege wiederum verkörperte diese Heimat-Sehnsucht und bediente als »Mann der Heimat«²⁵ mit der DP ebendiese Bedürfnisse.

Insbesondere im Gebiet von Cuxhaven bis Lüchow-Dannenberg versammelte die DP den alten selbstständigen Mittelstand und die bäuerliche Landbevölkerung hinter sich. Zwar erhielt sie bei der Wahl 1955 bloß 12,4 Prozent; aufgrund parteistategischer Erwägungen der CDU wurde Hellwege dennoch zum Ministerpräsidenten einer Regierungskoalition aus DP, CDU, FDP und GB/BHE gewählt. Daneben war aber auch gerade der GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) in Niedersachsen politisch erfolgreich. Schließlich

²³ Vgl. ebd., S. 635.

²⁴ Vgl. Ritter, Gerhard A./Niehuss, Merith: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987, München 1987, S. 120.

²⁵ Walter, Franz: Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2017, S. 186–215.

bildete Anfang der 1950er Jahre in Niedersachsen die Gruppe der »Vertriebenen« und »Flüchtlinge« rund »ein Drittel der Nachkriegsbevölkerung«²⁶. Bei der Landtagswahl 1951 erzielte der GB/BHE 14,9 Prozent. Sein politisches Profil war in Niedersachsen insofern besonders, als der GB/BHE seine Politik in der Praxis hier viel stärker als die Bundespartei an den sozialpolitischen Interessen seiner Anhänger ausrichtete. Hier war er eine wirkliche Klientelpartei; und weil diese primär nur diesen Interessen verpflichtet war, konnte sie auch pragmatischer agieren als andere Landesverbände, was ihre politischen Chancen auf Regierungsbeteiligungen erhöhte.²⁷ Doch der GB/BHE war nicht die einzige Partei für Vertriebene und Flüchtlinge – sonst wäre er wahlpolitisch vermutlich noch erheblich bedeutender gewesen. Denn auch die CDU erzielte bei dieser Gruppe eine relativ große Resonanz. In diesem nicht unbedeutenden Wählerspektrum zeigte sich aber auch eine sozialstrukturelle Spaltungslinie: Nach Helga Grebing wählten den GB/BHE vor allem eher diejenigen Vertriebenen und Flüchtlinge, die bereits vor ihrer Flucht arm gewesen waren, sowie die Älteren. Die jungen Vertriebenen und Flüchtlinge, die nun zwar arm waren, doch ihre soziale Position aus der Zeit vor ihrer Flucht als Maßstab anlegten, wählten dagegen tendenziell eher gerade nicht den GB/BHE und auch nicht die SPD, sondern vor allem die CDU.²⁸

Daneben zählte in Niedersachsen anfangs auch die FDP zu den Parteien rechts der Mitte. Sie trat zwar das Erbe der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) in deren alten Wählerhochburgen aus der Weimarer Zeit – wie Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe oder Lippe-Detmold – an und fungierte gerade in diesen liberalen Traditionsgebieten zwischen Nord-Oldenburg und Wittmund²⁹ als »lokale Milieupartei«³⁰. Wie stark eine solche Milieubindung sein konnte, zeigt sich etwa daran, dass die FDP im Wahlkreis Ammerland bei den Kommunalwahlen 1948 gar 48,8 Prozent erzielen konnte.³¹ Doch änderte die FDP mit der Zeit ihre Agenda.³² Schließlich war sie nach 1945 zum Teil eben auch ein Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder, welche die FDP we-

26 Weisbrod: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen, S. 500.

27 Vgl. Naßmacher, Karl-Heinz: Andere Parteien in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 203-226, hier S. 210.

28 Vgl. Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren, S. 226.

29 Vgl. Suckow, Achim: Regionale Traditionen und Rechtsextremismus im nordwestlichen Niedersachsen, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 207-230, hier S. 208.

30 Rohe: Wahlen und Wählertradition in Deutschland, S. 167.

31 Vgl. Marten, Heinz-Georg: Die FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Hannover 1972, S. 91.

32 Vgl. ebd., S. 21.

gen ihres teils deutschnationalen Profils³³ unterwanderten.³⁴ So stürzte der FDP-Verband in Hannover in eine Krise, als die britischen Militärbehörden dem Mitbegründer der dortigen FDP – Walther Hasemann, der seit 1946 zugleich Landesvorsitzender war – wegen dessen NSDAP-Vergangenheit die Parteiarbeit untersagten.³⁵ Doch da mit dem Ende des Jahres 1948 zugleich die Kontrollen der politischen Parteien endeten,³⁶ konnte Hasemann bis 1949 als Landesvorsitzender der FDP in Niedersachsen arbeiten, ehe er in den Bundestag einzog.

Bis Mitte der 1950er Jahre kämpfte die FDP parteiintern um ihren politischen Kurs. Dies zeigte sich etwa in der sogenannten Schlüter-Affäre.³⁷ Nachdem die FDP infolge der Landtagswahl 1955 mit CDU, DP und GB/BHE eine Regierungskoalition eingegangen war, entbrannte ein Skandal um den neuen Kultusminister der FDP, den erst 33-jährigen Leonhard Schlüter. Schlüter war in der FDP schnell aufgestiegen, nachdem er zuvor in der DRP aktiv und bereits dort für seine rechtsradikalen Ansichten bekannt gewesen war.³⁸ Der Rektor der Universität Göttingen, Emil Woermann, protestierte – unterstützt von Studenten – nach der Ankündigung, dass Schlüter neuer Kultusminister werden solle. Zunächst suchte Woermann das Gespräch u.a. mit Ministerpräsident Hellwege und führenden FDP-Vertretern. Doch als diese keinerlei Einlenken signalisierten und Schlüter schließlich ernannten, traten der Rektor und der Senat von ihren Ämtern in der akademischen Selbstverwaltung zurück.³⁹ Gerade innerhalb der FDP geriet die Schlüter-Affäre zum Lackmustrtest. Der eine Teil der Partei forderte seinen Rücktritt, der andere Teil, tendenziell stärker aus dem niedersächsischen Landesverband, stärkte dagegen Schlüter den Rücken.⁴⁰ Als die Affäre immer heftiger in der Öffentlichkeit verhandelt wurde, bot Schlüter letztlich doch, am 9. Juni 1955, Ministerpräsident Hellwege seinen Rücktritt an. Mindestens bis zu dieser Zeit ist die FDP im Parteienspektrum den rechtsradikalen Parteien zuzuordnen.

33 Vgl. Reeken: Ein Land – viele Regionen?, S. 68.

34 Vgl. Treibel, Jan: Die FDP in Niedersachsen. Wandlungsfähige Partei mit ungewisser Zukunft, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 159-175, hier S. 162; vgl. auch Trittel, Günter J.: »Man kann ein Ideal nicht verraten ...« Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013.

35 Vgl. Marten: Die FDP in Niedersachsen, S. 32.

36 Zur Entnazifizierung nach 1945 vgl. Stöss, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 59ff.

37 Vgl. Nentwig, Teresa/Walter, Franz: Die FDP und der latente Antisemitismus der Mitte, in: Ionescu, Dana/Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014, S. 195-243, hier S. 202f.

38 Vgl. Marten: Die FDP in Niedersachsen, S. 82.

39 Vgl. Nentwig, Teresa: »Kultusminister der vierzehn Tage«. Der Skandal um Leonhard Schlüter 1955, in: Walter, Franz/Dies. (Hg.): Das gekränkte Gänseliesel. 250 Jahre Skandalgeschichten in Göttingen, Göttingen 2016, S. 126-138.

40 Vgl. Marten: Die FDP in Niedersachsen, S. 84.

Nach 1945 verhinderte zunächst die Lizenzierungspraxis der Alliierten weitgehend die frühe eigenständige Organisation offen bekennender rechtsradikaler Parteien, sodass sich deren Kader in andere Parteien eingliedern mussten. Doch ab Ende der 1940er Jahre konnten sich gerade in Niedersachsen zwei Parteien konstituieren, die paradigmatisch für den organisierten Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit stehen: die Deutsche Reichspartei und die Sozialistische Reichspartei. Nach 1945 entstand im norddeutschen Raum aus der ehemaligen DNVP die Deutsche Konservative Partei (DKP). Sie konnte sich aber nur schwer profilieren, weshalb sie sich nach kurzer Zeit mit anderen Kleinstparteien zur Deutschen Reichspartei (DRP, bundesweit auch als DKP-DRP bekannt) zusammenschloss. Die spätere DRP wurde bald zur »Herberge für Rechtsextremisten unterschiedlicher Prägung«⁴¹. Hier konnten sich früh ehemalige NSDAP-Mitglieder durchsetzen und ihren Einfluss geltend machen. Einer Gruppe um Fritz Dorls, Gerhard Krüger, Justus Krause und Fritz Rößler – allesamt NSDAP-Mitglieder der ersten Stunde – gelang, sich in der DRP gegen gemäßigtere Kräfte durchzusetzen.⁴² Zu den noch relativ moderaten Kräften zählten etwa auch der zuvor genannte Leonhard Schlüter, der daraufhin zur FDP ging, oder Adolf v. Thadden, der spätere NPD-Vorsitzende. Die DRP, deren niedersächsischer Landesverband 1951 allein rund 1.200 Mitglieder zählte, hatte ihre Anhänger vornehmlich in »städtischen Krisengebieten« (wie beispielsweise in Wolfsburg und Braunschweig) und teilweise bis hinein in die Arbeiterschaft.⁴³

Von den Gemeindewahlen in Wolfsburg am 28. November 1948 ging in gewisser Weise ein Aufbruchssignal für den organisierten Rechtsradikalismus in Niedersachsen aus, später bekannt als sogenannter Wolfsburg-Schock⁴⁴. Hier erreichte die DRP mit 64,3 Prozent überraschend die absolute Mehrheit. Die SPD, die noch 1946 bei der Kommunalwahl die absolute Mehrheit hinter sich gewusst hatte, wurde aufgrund von Korruptionsaffären sozialdemokratischer Betriebsräte bei VW kurzfristig auf 21,8 Prozent abgestraft.⁴⁵ Doch kurz nach der Wahl wurde selbige aufgrund von Formfehlern annulliert und die Britische Militärregierung ließ die DRP zur Neuwahl nicht wieder zu. Bei der Bundestagswahl 1949 erzielte die DRP, nun

41 Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2, Opladen 1986, S. 982-1024, hier S. 982.

42 Vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 103f.

43 Vgl. Trittel: Die »verzögerte Normalisierung«, S. 645.

44 Vgl. Werner, Carina: Die Geburt der Bundesrepublik, in: ndr.de, URL: <https://www.ndr.de/kultur/geschichte/chronologie/Die-Geburt-der-Bundesrepublik,gruendungbundesrepublik100.html>, 14.04.2009 [eingesehen am 06.12.2018].

45 Vgl. Kraus, Alexander: Zwischen Bestürzung und Fassungslosigkeit. Fremd- und Eigendeutungen des DRP-Wahlsieges von 1948 in Wolfsburg, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte, November 2016, S. 1-4.

wieder zugelassen, in Wolfsburg 40,1 Prozent.⁴⁶ Daher lässt sich mit Fug und Recht sagen, dass Niedersachsen »Stammland und Hochburg der DRP-Organisation«⁴⁷ war. Wahlstatistiken zeigen, dass sie organisatorisch dort gut vertreten war und bei Wahlen »überdurchschnittliche Stimmenanteile« erzielen konnte, wo »die NSDAP besonders früh besonders erfolgreich gewesen war«.⁴⁸ Dies trifft gerade auf jene Gegenden zu, in denen es »ländlich-mittelständische Strukturen« mit »geringer Industrialisierung« gab, die mit einem »überaus hohen protestantischen Bevölkerungsanteil zusammentrafen«.⁴⁹

Bei der ersten Bundestagswahl 1949 erzielte die DRP in Niedersachsen 8,1 Prozent und damit fünf Bundestagsmandate. An der Verteilung der Stimmenanteile zeigt sich, in welchen Regionen die DRP von spezifischen lokalen Kontextfaktoren profitieren konnte: Überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielte sie besonders in Aurich-Emden (11,5), Leer (12,7) und Wilhelmshaven (23,7), also dem nordwestlichen Weser-Ems-Bezirk. Sie war aber auch im Bezirk Lüneburg in Uelzen (15,3) oder im Bezirk Braunschweig in Gandersheim-Salzgitter (15,5), in Braunschweig-Land/Helmstedt (18,7) oder in Peine-Gifhorn (16,6) überaus erfolgreich.⁵⁰ In all diesen Regionen verdichtete sich zum Zeitpunkt der Wahl die wirtschaftliche Not im Zusammenhang mit Eingliederungsproblemen der zahlreichen Vertriebenen, weshalb diese Faktoren die DRP-Wahlentscheidung begünstigt haben dürften.⁵¹

In ganz Niedersachsen lag die Arbeitslosenquote 1949 bei 16,5 Prozent, in DRP-Hochburgen wie Emden/Stadt mit 23,1 Prozent oder in Wilhelmshaven mit 30,7 Prozent sogar noch deutlich höher.⁵² Auch wenn innerhalb der DRP anfangs ehemalige NSDAP-Mitglieder einigen Einfluss ausüben konnten, so waren diese von dem programmatischen Profil der Partei doch im Grunde enttäuscht: Einige Parteifunktionäre sahen den Kurs der DRP als zu gemäßigt an, sodass sie sich relativ schnell abgespalteten und 1949 die Sozialistische Reichspartei (SRP) gründeten.

Diese Partei knüpfte an nationalsozialistische Traditionslinien an und hatte, bezeichnenderweise, gerade auch in Niedersachsen ihre »Hochburg«⁵³. Hier lag ihr

46 Vgl. Pollmann, Klaus Erich: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 231-255, hier S. 239f.

47 Sowinski, Oliver: Die Deutsche Reichspartei (1950-1965). Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt a.M. 1998, S. 51.

48 Ebd., S. 52.

49 Ebd., S. 66.

50 Siehe Dudek/Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 237.

51 Vgl. ebd., S. 238.

52 Vgl. ebd.

53 Vgl. Schmollinger, Horst W.: Die Sozialistische Reichspartei, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 4, Opladen 1986, S. 2274-2336, hier S. 2274.

organisatorischer Schwerpunkt, auch ihre Parteigründung ging von hier aus, ihre wichtigsten Parteiführer agierten von dort.⁵⁴ Ihre lokalen Hochburgen hatte die SRP besonders in den Kreisen Wolfsburg, Hameln, Friesland und Dannenberg.⁵⁵ Bundesweit zählte die SRP 1951 über 10.000 Mitglieder, von denen über 6.500 allein aus Niedersachsen stammten, also deutlich mehr als die Hälfte der gesamten Parteimitgliedschaft.⁵⁶ Die niedersächsische »Regionalpartei«⁵⁷ wurde auf der

»mittleren und höheren Funktionärssebene fast ausschließlich von ehemaligen, im lokalen Umfeld verankerten »alten Kämpfern« geführt, denen es gelang, sowohl Teile des bäuerlich-mittelständischen Honoratiorentums von den bürgerlichen Parteien fernzuhalten als auch größere Anteile eines soziostrukturell höchst inhomogenen Protestpotenzials an sich zu ziehen«⁵⁸.

Bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1951 erhielt die SRP elf Prozent und damit 16 Mandate – und dies, obwohl die Bundesregierung noch zwei Tage vor der Wahl einige SRP-Suborganisationen verboten und einen Parteiverbotsantrag angekündigt hatte.⁵⁹ Das SRP-Ergebnis war bis hinauf zur Bundesebene ein politischer Schock, der kurze Zeit später auch zum ersten bundesdeutschen Parteiverbotsantrag führte. Zu offensichtlich und manifest wurde die Präsenz eines hohen gesellschaftlichen Anteils rechtsradikaler Mentalitäten als Basis für entsprechende politische Organisationen, sodass die SRP schließlich 1952 vom Bundesverfassungsgericht als NSDAP-Nachfolgeorganisation eingestuft und verboten wurde.

Betrachtet man die Wahlergebnisse genauer, zeigen sich zugleich aber auch teils deutliche regionale Unterschiede⁶⁰: Denn einerseits hatte die SRP »in 375 Wahlkreisen die relative Stimmenmehrheit«⁶¹ und in 35 Gemeinden sogar die absolute gewonnen; andererseits erhielt sie in vielen Regionen bloß Ergebnisse im Promillebereich. Die besten Werte erzielte sie etwa im Bezirk Hannover in Diepholz (32,9) oder im Weser-Ems-Bezirk in Emden/Stadt (23,5). Insgesamt erwies sich besonders der nordwestliche Teil des Bezirks Lüneburg als SRP-Territorium, in welchem die Partei auf ihre besten Ergebnisse kam, wie beispielsweise in Bremervörde (32,9), Lüneburg-Land (29,7), Hadeln (28,0), Verden (27,7), Rotenburg

54 Vgl. Naßmacher: *Andere Parteien in Niedersachsen*, S. 212.

55 Vgl. Büsch, Otto/Furth, Peter: *Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die Sozialistische Reichspartei (SRP)*, Berlin/Frankfurt a.M. 1957, S. 7–195, hier S. 72.

56 Vgl. Schmollinger: *Die Sozialistische Reichspartei*, S. 2321.

57 Vgl. Trittel, Günter J.: *Die Sozialistische Reichspartei als Niedersächsische Regionalpartei*, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover 1995, S. 67–85.

58 Trittel: *Die »verzögerte Normalisierung«*, S. 644.

59 Vgl. Schmollinger: *Die Sozialistische Reichspartei*, S. 2311.

60 Vgl. Pollmann: *Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig*, S. 242.

61 Schmollinger: *Die Sozialistische Reichspartei*, S. 2311.

(27,6) oder Zeven (26,2).⁶² Schließlich gab es gerade in diesen Regionen eine überdurchschnittliche Anzahl von Heimatvertriebenen.⁶³ Die SRP war also besonders in solchen Regionen erfolgreich, in denen einst die NSDAP relativ früh überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatte, bzw. auch in den Stammländern der DP.⁶⁴ Demgegenüber erzielte die SRP schwache Ergebnisse in katholisch geprägten sowie in Industrieregionen.⁶⁵ Wahlstatistisch lässt sich bei den SRP-Ergebnissen indes nicht von einem bestimmten Wählmilieu sprechen.⁶⁶

Dieser Abriss verdeutlicht, dass die SRP und die DRP zwar überwiegend in denselben Regionen erfolgreich waren, in denen zuvor schon die NSDAP relativ rasch Wahlerfolge hatte erzielen können; er zeigt aber auch, dass beide Parteien von jeweils unterschiedlichen Strukturmomenten profitierten.

Allein dieser kurze Überblick über die unterschiedlichen rechtsradikalen Parteien in der Nachkriegszeit verdeutlicht, mit welch außerordentlich hohem rechtsradikalen Potenzial die junge Bundesrepublik, speziell in Niedersachsen, konfrontiert war. Bei der Bundestagswahl 1949 bemaß sich dieses jenseits von CDU/CSU, SPD und FDP »im Bundesgebiet auf 10,5 Prozent der Wähler«⁶⁷ – wobei die Stimmen für lizenzierte rechtsradikale Parteien, Stimmen für Vertriebenenorganisationen und Stimmen für Unabhängige eingerechnet sind. In Niedersachsen lag der Anteil noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Allein die bislang genannten Charakteristika und lokalkulturellen Spezifika der unterschiedlichen rechtsradikalen Parteien verraten schon einiges über die Kristallisationsmomente für den Antrieb des Rechtsradikalismus. Und in Niedersachsen überlagerten sich nach 1945 geradezu paradigmatisch unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen und ganz spezifische lokalkulturelle Folien, die sich in fünf Merkmalen verdichten lassen:

- *Erstens* hatte auf lokaler Ebene keine konsequente Entnazifizierung stattgefunden. Zwar gab es eine solche ebenso wenig in anderen Bundesländern; aber in Niedersachsen verschärften die dort gebündelten Strukturmerkmale diesen Umstand, sodass die ehemaligen NSDAP-Mitglieder hier gerade im politischen Leben wieder eine herausgehobene Stellung erlangten. Denn die regionalen Antreiber für den Aufbau rechtsradikaler Strukturen waren schließlich vor allem die »einheimischen Kader der alten Kämpfer«⁶⁸.

62 Vgl. ebd.

63 Vgl. Büsch/Furth: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 98.

64 Siehe Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 241; vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 104.

65 Vgl. Schmollinger: Die Sozialistische Reichspartei, S. 2312.

66 Siehe Naßmacher: Andere Parteien in Niedersachsen, S. 213.

67 Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 84.

68 Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren, S. 224.

- *Zweitens* hatte Niedersachsen besonders unter mangelnden Strukturreformen und sozialen Krisen zu leiden. Der Wiederaufbau zerstörter Städte kam nur schleppend voran, was die Wohnungsnot verschärfte. Überhaupt wirkten die wirtschaftlichen Aufbauhilfen auch aufgrund politisch-organisatorischer Probleme hier teils viel später als in strukturstarken Industrieregionen wie etwa Nordrhein-Westfalen. Hinzu kamen aber auch noch andere, verschärfende Faktoren, wie beispielsweise die Verzögerung der Bodenreform, wodurch gerade die Landbevölkerung die Klärung der Eigentums- und Nutzungsrechte an Grundstücken abzuwarten hatte, ehe diese bewirtschaftet werden konnten. Nicht zuletzt war gerade die städtische Bevölkerung an Nahrungsmitteln unterversorgt. Infolge der Nahrungsmittelknappheit und der gestiegenen Preise ereigneten sich 1950 andauernde Hungerdemonstrationen und Hungerstreiks. Nachdem beispielsweise das Land Niedersachsen 1948 mit seinen Kartoffellieferungen in Rückstand geraten war und mehr Kartoffeln für die eigene Bevölkerung einlagerte, als ihm bestimmt war, kürzte das damalige Wirtschafts- und Ernährungsamt zur Strafe die Brotationen – der darauffolgende Konflikt weitete sich zum bundesweiten »Kartoffelkrieg« aus.⁶⁹
- Ein spezifisch niedersächsisches Phänomen war *drittens* die »Flüchtlingsfrage«: Die große Zahl Heimatvertriebener und Flüchtlinge bildete eine drängende politische Aufgabe für alle Erstaufnahmelande entlang der Grenze zur Sowjetischen Besatzungszone⁷⁰ – Niedersachsen nahm 1950 insgesamt über 1,8 Millionen Vertriebene auf. Dabei zählte das junge Bundesland damals selbst lediglich 4,1 Millionen Einwohner – was einer Vertriebenenquote von rund 27 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach; Flüchtlinge gab es zur gleichen Zeit rund 360.000, also knapp fünf Prozent.⁷¹ Allerdings bestanden starke regionale Unterschiede, die darüber entschieden, ob aus dieser »Vertriebenen-Frage« jeweils grundlegende Probleme erwuchsen. Für Niedersachsen lässt sich von einem »Ost-West-Gefälle«⁷² sprechen: Nach 1945 konzentrierten sich die Ballungszentren für Vertriebene aufgrund der geografischen Lage entlang der Ostgrenze von Stade, Harburg und Lüneburg bis Lüchow-Dannenberg. Auch bis in den Raum Hannover, von Celle bis Nienburg oder Hildesheim, verteilten sich die Vertriebenen.⁷³ Zugleich fällt hierbei allerdings auch auf – wohl nur zum Teil

69 Vgl. Trittel: Die »verzögerte Normalisierung«, S. 638.

70 Vgl. Naßmacher: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen.

71 Vgl. Ritter/Niehus: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 31.

72 Parisius, Bernhard: Auf der Suche nach Nischen. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 77 (2005), S. 109-130, hier S. 109.

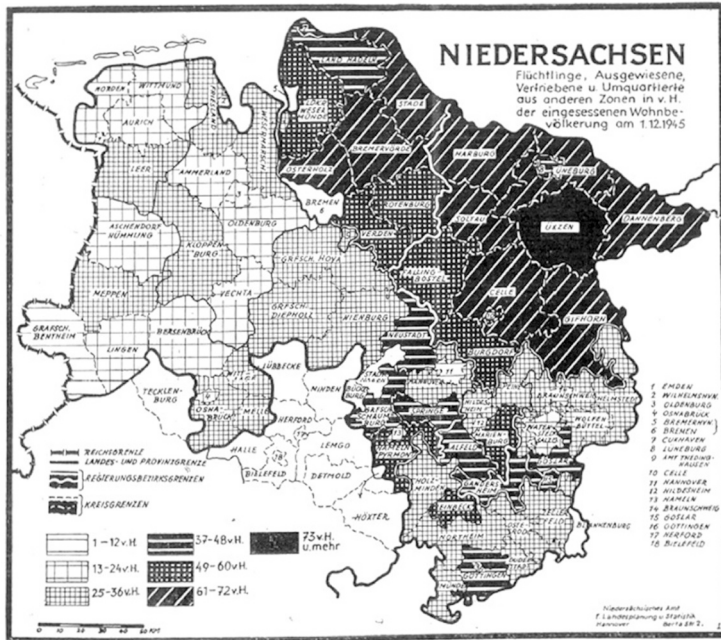
73 Vgl. Brosius, Dieter: Zur Lage der Flüchtlinge in Niedersachsen nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 55 (1983), S. 99-113.

auch der bloßen Anzahl von Vertriebenen geschuldet –, dass die Regionen unterschiedlich mit den Vertriebenen umgingen. Gerade in West-Niedersachsen verteilten sich die Flüchtlinge stärker auf einzelne regionale Teilgebiete, weshalb hier auch schon von einer »Stärkung der Provinz«⁷⁴ gesprochen wurde. Demgegenüber sammelten sich die Vertriebenen in Ost-Niedersachsen tendenziell eher in Ballungsgebieten, was zusätzliche Integrationsprobleme verursachte.⁷⁵ Der außerordentlich hohe Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen verstärkte überdies das Bedürfnis nach gemeinschaftsstiftenden Momenten – sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für die Zugezogenen. Und gerade diese Funktion erfüllte in der Nachkriegszeit die Imagination der »Heimat«; konnten doch die eingesessenen Niedersachsen in ihren Wunsch nach Heimat eine »heile Welt« projizieren und die Flüchtlinge und Vertriebenen ihre Sehnsucht nach der »alten Heimat« ausdrücken und sich zugleich mit ihrer neuen Lage abfinden. Das Heimat-Pathos galt zwar für die gesamte Bundesrepublik nach 1945, aber in Niedersachsen drückte es sich durch den überproportional hohen Anteil an Vertriebenen und Flüchtlingen besonders stark aus.

74 Parisius: Auf der Suche nach Nischen, S. 124.

75 Vgl. Kaltefleiter, Werner: Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunkturen als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln 1968, S. 127.

Abbildung 1: Verteilung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Niedersachsen 1945



Quelle: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Jg. 1 (1947), H. 1, S. 19.

- *Viertens* war der Antikommunismus in Niedersachsen nicht zuletzt aufgrund der großen Landesgrenze zur DDR gerade im östlichen Gebiet ausgesprochen ausgeprägt und rabiāt. Beispielsweise charakterisierte Ministerpräsident Hellwege sein Bundesland als das »Grenzland zum Bolschewismus« und bezeichnete den Antikommunismus buchstäblich als eine »deutsche Aufgabe unserer niedersächsischen Heimat«.⁷⁶
- Und *fünftens* – darauf deuten die Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien sowohl in der Weimarer Zeit als auch nach 1945 hin – erfuhr die »nationalsozialistische Blut-und-Boden-Ideologie im Agrarland Niedersachsen vor allem in den mittelbäuerlich geprägten ländlichen Eliten eine besondere Resonanz«⁷⁷.

Diese Probleme verloren erst Mitte der 1950er Jahre merklich an politischer Relevanz. Im Zuge des »Wirtschaftswunders« wurden soziale Probleme wie Wohnungs- und Ernährungsmangel spürbar abgemildert; dazu trugen auch die einsetzende

76 Zit. nach Reeken: Ein Land – viele Regionen?, S. 73.

77 Trittel: Die »verzögerte Normalisierung«, S. 637.

Konsumwelle und der Wiederaufbau der zerstörten Städte bei. Diese »voranschreitende soziale Befriedung« entzog »allen rechtsextremen Gruppen« vordergründig die »Existenzgrundlage«. ⁷⁸

2.2 Regionale und milieugeprägte Wählertraditionen

Vor diesem skizzierten Hintergrund lassen sich schematisch grob drei niedersächsische Teilregionen als rechtsradikale Hochburgen nach 1945 identifizieren: *Erstens* war der organisierte Rechtsradikalismus besonders in ländlich-agrarischen Gebieten mit welfischer Tradition stark. Sowohl die SRP als auch die DRP erzielten überdurchschnittliche Erfolge etwa im Nordosten um Lüneburg, Stade, Celle, Bremervörde/Rotenburg und Verden. Die SRP war darüber hinaus *zweitens* auch in einzelnen Industrieregionen mit sozialistischem Milieu im östlichen Niedersachsen erfolgreich; so erzielte sie etwa in Wolfsburg, Helmstedt, Salzgitter und Goslar hohe Ergebnisse. Und schließlich waren rechtsradikale Parteien wie SRP und DRP *drittens* gerade auch in liberalen Traditionsgebieten, wie beispielsweise in Wilhelmshaven, Wittmund oder Nordoldenburg, aber auch in Göttingen-Stadt, überdurchschnittlich stark.

Diese teils fließenden Übergänge zeigten sich schon in der Weimarer Zeit etwa in Nienburg, wo die starke protestantische und welfische Tradition dazu führte, dass die Region eine »deutschnationale Hochburg« der DNVP und des Stahlhelms wurde. ⁷⁹ Gerade in diesen ländlich-protestantischen Gebieten

»gehörten die soldatischen Verhaltensweisen zum landestypischen Tugendkanon. Hier gedieh der ›homo harzburgiensis‹, jener männlich-soldatische Typ des bodenständigen Kämpfers, der sich unter Berufung auf die niedersächsischen Stammeseigenschaften der nationalen Wiedergeburt durch politische Säuberung nach innen und wehrhafte Haltung nach außen verschrieben hatte.« ⁸⁰

Schließlich waren die Welfen bis Anfang des 20. Jahrhunderts hinein eines der bedeutendsten Adelsgeschlechter Europas gewesen. Ihre Dynastie stellte bis in die Neuzeit Fürsten und Kaiser, stabilisierte im 18. Jahrhundert die Personalunion des Kurfürstentums Hannover mit Großbritannien – bis heute gilt das Fürstengeschlecht als konstitutives Moment der Historisierung einer »niedersächsischen« Identitätssuche. Das Welfentum steht *pars pro toto* für eine »invention of tradition«

78 Ebd., S. 645.

79 Siehe Steinwascher, Gerd: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: Ders. (Hg.): Geschichte Niedersachsens. Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Fünfter Band, Hannover 2010, S. 21-199, hier S. 65.

80 Weisbrod: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen, S. 506.

(Hobsbawm/Ranger), also eine konstruierte Herrschaftslegitimation qua kultureller Adaption selektiver Traditionen. Oder einfacher ausgedrückt: Der Rückbezug auf die Welfen stiftet Niedersachsen als einem erst 1946 gegründeten Bundesland einen historisch legitimierten (partiellen) Landesstolz, was bis heute u.a. am Landeswappen (»Welfenross«) zu erkennen ist.

Und zugleich ist an dieser milieugeprägten Wählertradition auffällig, dass Liberale hier nie ein Wurzelwerk hatten aufbauen können. Doch musste diese Welfentradition nicht *automatisch* auch rechtsradikale Parteien begünstigen; denn wo das Welfentum weniger in eine deutsch-nationale Tradition als eher in eine konservative Solidargemeinschaft eingebunden war, konnten Parteien weit rechts der Mitte, wie die DRP, organisatorisch nie Fuß fassen.⁸¹ Je genuin konservativer und in sich homogener die Teilmilieus waren, sodass ihre Selbstabgrenzung nach außen umso stärker ausfiel – wie etwa prototypisch in Celle –, desto schwieriger hatte es etwa die DRP, sich dort zu verankern.⁸²

Demgegenüber waren die liberalen Milieus schon immer wesentlich fragiler gewesen. Denn anders als in konservativen oder sozialistischen Milieus waren bei ihnen bereits seit der Kaiserzeit Parteibindungen nie besonders tiefgreifend ausgeprägt.⁸³ Auch dadurch erklärt sich, weshalb rechtsradikale Parteien immer schon in liberalen Traditionsgebieten im Landesvergleich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnten, wie etwa in Wilhelmshaven oder den Kreisen Wittmund und Friesland. In diesen liberalen Stammgebieten im nördlichen Weser-Ems-Raum taten sich zugleich Sozialdemokraten – sofern es keine unmittelbaren Industrieorte waren wie etwa in Varel, Brake oder Delmenhorst – besonders schwer.⁸⁴ Die linksliberale DDP war von Nord-Oldenburg bis Ostfriesland die Anwältin des »Bildungs- und Besitzbürgertums, der kleinen und mittleren Beamten«⁸⁵; doch konnte sie nie feste Bindungen zu ihrer Klientel aufbauen, sodass sich zunächst fließende Übergänge zur DNVP ergaben. In Oldenburg lässt sich während der Weimarer Jahre so deutlich wie in kaum einer anderen Teilregion dieser »Flügelwechsel der bürgerlichen Wähler nach rechts«⁸⁶ studieren. Hier konnte die NSDAP binnen kürzester Zeit die Strukturen und den Wählerstamm der DNVP absorbieren und usurpieren.⁸⁷ Aber auch in der Nachkriegszeit lagen in diesen Gebieten etwa die Ergebnis-

81 Vgl. Sowinski: Die Deutsche Reichspartei, S. 339.

82 Vgl. Bösch, Frank: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002, S. 185ff.

83 Siehe Winkler, Jürgen R.: Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871-1933, Opladen 1995, S. 438.

84 Vgl. Steinwascher: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 50.

85 Ebd., S. 58.

86 Günther, Wolfgang: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 54 (1982), S. 19-43, hier S. 31.

87 Vgl. ebd., S. 38.

se der SRP über dem Landesdurchschnitt⁸⁸ – allerdings auch hier in unterschiedlichen Ausprägungen: Während DRP und SRP 1951 in den Kreisen Wittmund und Friesland zusammen 14,9 Prozent erzielten, wählten im benachbarten Wilhelmshaven auch aufgrund der spezifischen Krisensituation um den ehemals wichtigen Kriegshafen knapp ein Viertel aller Wahlberechtigten diese Parteien.⁸⁹

Der bereits angesprochene Faktor der hohen Anzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen wirkte sich ebenfalls auf die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien aus. Allerdings konnten DRP und SRP dieses Potenzial regional jeweils nur dort abschöpfen, wo der GB/BHE bloß schwach verankert war, wie in den neuen Industriestädten Salzgitter oder Wolfsburg.⁹⁰ Wo sowohl die SPD als auch die CDU parteipolitisch bereits früh lokal konsolidiert waren und wo die hohe Anzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen lediglich kurzzeitig zu Wahlerfolgen des GB/BHE führte, konnten DRP und SRP hingegen kaum Erfolge erzielen. Dies ist beispielhaft im Raum Goslar zu beobachten: Dort erhielt der GB/BHE 1951 zwar 16,2 Prozent, aber die DRP schaffte lediglich 1,9 Prozent und auch die SRP blieb mit 8,4 Prozent deutlich unter ihrem Landesdurchschnitt.⁹¹

In den sozialistischen Milieus – nicht nur in den urbanen Industrieregionen, sondern auch in den Küstenstädten – hatten es Parteien rechts der Mitte (erwartungsgemäß) erheblich schwerer; doch auch hier konnten sie je nach lokalkulturellen Bedingungen durchaus bestehen.⁹² Historisch betrachtet hatten rechtsradikale Gruppierungen kaum eine Chance in Regionen mit einer sozialdemokratischen Prägung, konsolidierten Parteistrukturen und gleichzeitig einem gefestigten liberalen Milieu des prosperierenden Bildungs- und Besitzbürgertums, wie etwa im südlichen Niedersachsen zwischen Hannover und Göttingen.⁹³ Exemplarisch zeigt sich dies besonders im Raum Schaumburg-Lippe: Hier reichten in der Weimarer

88 Vgl. Suckow: Regionale Traditionen und Rechtsextremismus im nordwestlichen Niedersachsen, S. 225.

89 Vgl. ebd.

90 Vgl. Klecha, Stephan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79-104, hier S. 85.

91 Vgl. Roßdeutscher, Reinhard: Wählerverhalten im Vorharz nach dem 2. Weltkrieg. Einflussfaktoren auf die Resultate rechtsextremer Parteien im Vorharzraum bei Kommunal- und Landtagswahlen in der Zeit von 1946 bis 1952, Frankfurt a.M. 1990, S. 322.

92 Siehe Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 243.

93 Dass dieses Bürgertum aber nicht automatisch gefestigt war, sondern unter geänderten sozialen Verhältnissen auch durchaus schnell umkippen konnte, zeigt sich exemplarisch an der Situation in Göttingen oder auch Northeim in der Weimarer Republik; vgl. Imhoof, David: *Becoming a Nazi Town. Culture and Politics in Göttingen between the World Wars*, Ann Arbor 2013; Allen, William Sheridan: *Das haben wir nicht gewollt. Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935*, Gütersloh 1966.

Zeit die Ergebnisse der SPD fast an die absolute Mehrheit heran und auch die linksliberale DDP besaß hier einzelne Zentren.⁹⁴

Überhaupt: Schaumburg-Lippe war im Gebiet des späteren Niedersachsens die einzige Teilregion, in der die NSDAP erst nach 1933 stärkste Kraft mit 43,4 Prozent wurde – in allen anderen Regionen war die NSDAP dies spätestens bis 1932.⁹⁵ Ähnliches gilt auch für Regionen mit einer starken sozialdemokratischen Solidargemeinschaft, wie in den städtischen Wahlkreisen Braunschweigs⁹⁶ oder Hannovers⁹⁷. Je brüchiger allerdings die inneren Verflechtungen in diesen sozialistischen Milieus zwischen den sozialdemokratischen Assoziations- und den Parteistrukturen waren – beispielsweise im Braunschweiger Umland wie an dem bereits erwähnten »Wolfsburg-Schock« ersichtlich –, desto eher konnten rechtsradikale Parteien auch hier zumindest begrenzte Erfolge verbuchen.⁹⁸ Gerade in den sozialistischen Milieus im Braunschweiger Bezirk, in denen die SPD für die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht wurde, erreichte der GB/BHE 1951 etwa in Helmstedt (22,1) oder im Braunschweiger Land (23,0) überdurchschnittliche Ergebnisse. Wo die SPD hingegen organisatorisch besonders stark war und der Arbeiterschaft einen vermeintlichen Ausweg wies, erzielten die Sozialdemokraten ihre besten Ergebnisse, wie etwa in der Stadt Braunschweig (40,3).⁹⁹

Am resistentesten gegenüber rechtsradikalen Parteien waren aber eindeutig die katholischen Milieus. In den katholischen Traditionsgebieten der Deutschen Zentrumspartei (DZP) beispielsweise, in den nordwestlichen Regionen von Süd-Oldenburg bis ins Emsland, tendenziell auch im Eichsfeld, konnten weder in der Weimarer Zeit noch in der jungen Bundesrepublik Parteien weit rechts der Mitte nennenswerte Erfolge erzielen.¹⁰⁰ Dass das katholische Milieu hier unzweifelhaft eine abfedernde Wirkung auf politische wie kulturelle Verwerfungen haben konnte, zeigt sich exemplarisch am Raum Osnabrück. Während in der Weimarer Zeit im sonstigen Gebiet des heutigen Niedersachsens die parteipolitische Radikalisierung und Polarisierung gerade auch für Neu- und Erstwähler ab Mitte der 1920er Jahre sich zuvörderst in Zunahmen für die NSDAP und die KPD äußerten, kanalisierte in Osnabrück gerade das Zentrum diese Stimmen.¹⁰¹ In der Nachkriegszeit bauten die Christdemokraten dann insbesondere diese katholischen Teilregionen zu ihren Hochburgen aus, in denen sie bis heute über eine Hausmacht verfügen.¹⁰²

94 Vgl. Steinwascher: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 58.

95 Vgl. Günther: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, S. 32.

96 Vgl. Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 243.

97 Vgl. Micus: Die SPD in Niedersachsen, S. 118.

98 Vgl. Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 243.

99 Vgl. Klecha: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, S. 81.

100 Vgl. Suckow: Regionale Traditionen und Rechtsextremismus im nordwestlichen Niedersachsen, S. 217f.; Naßmacher: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen, S. 74.

101 Vgl. Günther: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, S. 37.

102 Vgl. Ritter/Niehus: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 80.

Jenseits dieser spezifischen Milieuprägungen beeinflussten freilich auch andere, aber damit zusammenhängende Kontextfaktoren die regionalen Wählertraditionen. Allein die Motivlagen und die sozioökonomische Basis unterschieden sich sowohl regional als auch parteilich, wie ein Vergleich der DRP-Erfolgsursachen 1949 mit jenen der SRP 1951 verdeutlicht: Der DRP-Erfolg 1949 lag, ähnlich den Gründen für den Erfolg des GB/BHE, vor allem an der verschärften wirtschaftlichen Situation der Vertriebenen und Flüchtlinge. Kaltefleiter zufolge waren »etwa die Hälfte der DRP-Wähler Vertriebene«¹⁰³, die mit der Lizenzierung des GB/BHE 1951 dann auch zu dieser Partei wechselten. Die DRP-Erfolge resultierten also auch aus sozialen und wirtschaftlichen Konflikten vor allem in Regionen, in denen ein großer Anteil an Vertriebenen und hohe Arbeitslosigkeit zusammentrafen. Als dritter Faktor kommt allerdings noch die Sozialstruktur hinzu – war doch die DRP in einzelnen Regionen, in denen die beiden ersten Faktoren alleine auftraten, nicht automatisch erfolgreich. Die DRP-Wählerschaft setzte sich zum Teil eben auch aus Handwerk und Industrie zusammen, und zwar in Urbanisierungsregionen, die evangelisch waren. Dies spiegelt sich wahlanalytisch auch in der Neigung eines relativ großen Teils der mittelständischen evangelischen Stadtbevölkerung, die DRP zu wählen.¹⁰⁴

Anders sah das Elektorat der SRP 1951 aus: Zwar war die SRP in denselben Regionen wie die DRP zuvor erfolgreich; aber sie baute ihre Ergebnisse teils deutlich aus. Nach Kaltefleiter hatte die SRP lediglich etwa die Hälfte ihrer Wähler aus der ehemaligen DRP-Wählerschaft rekrutiert, die andere Hälfte musste also dementsprechend 1949 noch für andere Parteien gestimmt haben.¹⁰⁵ Daraus folgt, dass die SRP nicht einfach bloß die elektorale Nachfolge der DRP antrat, sondern kurzzeitig auch als Sprachrohr anderer Wählerschichten fungierte. Grundsätzlich waren beide Parteien zwar durch ähnliche Wahlstrukturmomente – wie eine relativ hohe Arbeitslosigkeit, einen hohen Vertriebenenanteil und eine mehrheitlich evangelische Konfession – begünstigt; aber in der Sozialstruktur unterschieden sie sich: Wies die DRP einen relativ hohen Urbanisierungsgrad auf, fiel dieser bei der SRP eher gering aus. Daraus folgt, dass dieser Teil der mittelständischen, evangelischen Stadtbevölkerung zwar 1949 für die DRP votierte, nicht aber 1951 für die SRP. Und ebenso umgekehrt: Wählte die evangelische Bevölkerung in den Gebieten mit den erstgenannten Faktoren, aber einem geringen Urbanisierungsgrad 1951 die SRP, hatte sie 1949 der DRP ihre Stimme verweigert.¹⁰⁶

103 Kaltefleiter: *Wirtschaft und Politik in Deutschland*, S. 134.

104 Vgl. ebd.

105 Siehe ebd., S. 133.

106 Vgl. ebd., S. 135.

Abbildung 2: Eigene schematische Darstellung zur geografischen Ausbreitung des Rechtsradikalismus in den 1950er Jahren.



Aufgrund der langfristigen Prägung durch regionale politische Teilkulturen und unterschiedliche Konfessionen wird oft von einem »niedersächsischen Sonderweg in der Nachkriegszeit« gesprochen, von einer »verzögerten Normalisierung«.¹⁰⁷ Weil die traditionellen Milieu- und Regionalparteien nach 1945 außerordentlich stark waren, fanden die beiden großen Parteien, SPD wie CDU, keine geerbten Mehrheiten vor. Diese Parteien konnten sich erst nach der Überwindung und Integration widersprüchlicher regionaler Politiktraditionen ab den 1960er Jahren landesweit durchsetzen.¹⁰⁸ Der politische Aufstieg der CDU ist das Spiegelbild des Niedergangs von DZP und DP bzw. auch des großen Stimmenverlustes der FDP.¹⁰⁹ In Niedersachsen tat sich die CDU zu Beginn besonders schwer, überregionale Strukturen aufzubauen und Milieugrenzen zu überschreiten.¹¹⁰ Vielmehr bildeten sich dort kleine, regional fragmentierte CDU-Landesverbände, denen auch nur zögerlich gelang, den neu postulierten überkonfessionellen Charakter der Christdemokraten durchzusetzen. CDU-Strukturen konnten sich

107 Trittel: Die »verzögerte Normalisierung«.

108 Vgl. Weisbrod: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen, S. 504.

109 Siehe Naßmacher: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen, S. 74.

110 Vgl. Walter: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 201.

anfangs lediglich dort konsolidieren, wo die Parteifunktionäre entweder in katholische Milieus eingebettet waren – wie im Emsland oder im Eichsfeld –, oder in protestantischen Gebieten, in denen das Zentrum faktisch nicht existierte, wie in Braunschweig.¹¹¹

Eine Innovation und Erfolgsgeschichte sondergleichen in der deutschen Parteingeschichte war die erst in den 1950er und 1960er Jahren einsetzende Entstehung von Volksparteien, paradigmatisch der Sammlungspartei CDU in ihrer Tendenz, traditionell divergierende Strömungen des Bürgertums zusammenzubinden. In Niedersachsen zog sich dieser Konzentrationsprozess der Christdemokraten im Vergleich zum Bundestrend deutlich länger hin.¹¹² Der »sich in vielfältigen sozialen und politischen Differenzierungen äußernde Regionalismus, die in diesem Land besonders drückende ›braune Erblast‹ und die Intensität der sozialen Krisen waren die wesentlichen Faktoren, die die ›Normalisierung‹ verzögerten«¹¹³. In den 1960er Jahren kamen auf gesellschaftlicher Ebene sozioökonomische und kulturelle Wandlungsprozesse und Modernisierungsschübe in Gang, die auch in Niedersachsen regionale Milieus schrumpfen, die Säkularisierung voranschreiten und die überlieferten regionalen politischen Eigenkulturen abschmelzen ließen. Erst in diesen Jahren wurde die CDU endgültig zur entscheidenden Referenz- und Identifikationsgröße für das bürgerliche Lager. Dies zeigt sich gerade in den nördlichen Gebieten Niedersachsens, wo sich die CDU erst ab den 1970er Jahren wirklich lokal verankern konnte.¹¹⁴ Dieser einsetzende bürgerliche Sammlungsprozess trug jedenfalls entscheidend dazu bei, dass der sich organisierende Rechtsradikalismus Mitte der 1950er Jahre seine parteipolitische Ausformung einbüßte.

2.3 Die NPD als nationale Sammlungspartei in den 1960er Jahren

Auf der einen Seite dauerte es gerade in Niedersachsen aufgrund regionalkultureller Bedingungen wesentlich länger, bis das Parteienspektrum sich in seiner Dynamik dem bundespolitischen Trend anglich und »normalisierte«. Doch auf der anderen Seite war es wiederum Niedersachsen, von wo aus eine neue rechtsradikale parteipolitische Offensive ausging. Zwischen 1966 und 1969 erlebte der organisierte Rechtsradikalismus eine neuerliche Blütephase, gerade auch angesichts der polarisierten Stimmung im Kontext der ersten Großen Koalition ab 1966. Am 28. November 1964 wurde in Hannover die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) als Sammelorganisation für das nationale Lager gegründet. Sie wurde zwar durch ehemalige DRP-Funktionäre initiiert; doch damit sich die Kontinuität

111 Vgl. D'Antonio: Die CDU in Niedersachsen, S. 137.

112 Vgl. Trittel: Die »verzögerte Normalisierung«, S. 635.

113 Ebd., S. 648.

114 Vgl. Klecha: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, S. 93.

der DRP nicht allzu offen zeigte und um eine breitere Wählerbasis anzusprechen, wurde zunächst nicht die eigentliche »Schlüssselfigur«¹¹⁵ Adolf v. Thadden, sondern Friedrich Thielen ihr erster Vorsitzender.¹¹⁶ Von Thadden war 1921 in Hinterpommern als Sohn eines adligen Grundbesitzers und Landrats geboren worden.¹¹⁷ Auch aufgrund seiner pietistischen Familientradition hatte er zeitlebens eine starke religiöse Prägung. Von Thaddens politische Karriere begann 1947 mit dem Eintritt in die DKP-DRP (Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei, später DRP). Bei den Kommunalwahlen 1948 erzielte v. Thadden in Göttingen 10,8 Prozent und war dort bis 1958 Stadtverordneter, zeitweise auch Senator und stellvertretender Bürgermeister. Zugleich zog er für die DRP 1949 in den niedersächsischen Landtag ein, dem er bis 1953 und dann wieder ab 1955 angehörte. Anfang der 1960er Jahre war v. Thadden einer der entscheidenden Initiatoren der neuen NPD. Er führte die alten DRP-Strukturen in die neue Partei ein; dabei folgten ihm mehr als 3.000 Mitglieder, weshalb er von Anfang an eine »Hausmacht«¹¹⁸ in der Partei hinter sich wusste und für die neue Partei rasch zur zentralen Führungsfigur avancierte.¹¹⁹ Insgesamt gesehen ist v. Thadden wohl die bedeutendste Gestalt aus den Reihen des »nationalen Lagers« nach 1945. Allein seine rhetorischen, organisatorischen und strategischen Qualitäten hoben ihn von anderen Politikern des nationalen Lagers ab.¹²⁰ Er war zweifelsohne nationalistisch und antikommunistisch eingestellt, besaß aber eine eigentümlich besitzbürgerliche Ausrichtung, weshalb er im eigenen (tendenziell kleinbürgerlich-proletarischen) Lager programmatisch auch durchaus umstritten war – nicht nur vonseiten der Neonationalsozialisten.¹²¹ Ab 1967 amtierte v. Thadden dann als Bundesvorsitzender der NPD.

Programmatisch gab es zwar durchaus weiterhin offene Bezüge zum Nationalsozialismus, doch waren diese weit weniger konstitutiv als etwa noch zuvor bei der neonazistischen SRP. In den 1960er Jahren war die NPD primär eine deutschnatio-

115 Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, Frankfurt a.M. 1999, S. 77.

116 Dennoch war die DRP-Prägung offensichtlich. Im Prinzip war die NPD keine Neugründung, sondern eine »Nachfolgeorganisation, die auch andere politische Gruppen aufnahm«; Pfahltreugher, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 68.

117 Vgl. Treß, Werner: Adolf von Thadden, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2.2: Personen, Berlin 2009, S. 822-824.

118 Treß: Adolf von Thadden, S. 823.

119 Vgl. Taler, Conrad: Die NPD unter Adolf von Thadden, in: Neue Rundschau, Jg. 79 (1968), H. 1, S. 100-111; Rufer, D. [= Jürgen Hahn-Butry]: Adolf von Thadden. Wer ist dieser Mann, Hannover 1969.

120 Vgl. Jesse, Eckhard: Biographisches Porträt: Adolf von Thadden, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 2 (1990), S. 228-238.

121 Vgl. ebd., S. 231.

nale Partei¹²² – auch wenn sie ein neofaschistisches Moment innehatte.¹²³ Elektoral erzielte sie relativ hohe Ergebnisse. Hatte sie bereits kurz nach ihrer Gründung bei der Bundestagswahl 1965 mit 2,0 Prozent immerhin einen Achtungserfolg verbuchen können, schaffte sie in der Folgezeit den Einzug in sieben Landesparlamente. Bei der Bundestagswahl 1969 verfehlte die NPD mit 4,3 Prozent lediglich knapp den Einzug in den Bundestag.

Tabelle 2: NPD-Wahlergebnisse 1965- 69

Wahl	Prozent
BTW 1965	2,0
LTW SL 1965	–
LTW HH 1966	3,9
LTW NRW 1966	–
LTW HE 1966	7,9
LTW BY 1966	7,4
LTW HB 1967	8,8
LTW NI 1967	7,0
LTW RP 1967	6,9
LTW SH 1967	5,8
LTW BE 1967	–
LTW BW 1968	9,8
BTW 1969	4,3

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von Landeswahlleitern

In Niedersachsen – in den 1960er Jahren das »Stammland« der NPD – errang sie 1967 sieben Prozent und damit zehn Mandate. Ihr Hauptsitz lag in Hannover, wo ihre drei führenden Köpfe – Adolf v. Thadden, Hans-Joachim Richard und Waldemar Schütz – auch ihren Wirkungsbereich hatten.¹²⁴ Sicherlich konnte die neue Partei in ihrer Gründungsphase auf die Ressourcen in Niedersachsen zurückgrei-

122 Dudek/Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 349.

123 Vgl. Kühnl, Reinhard: Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei, Berlin 1967.

124 Vgl. Röpke, Andrea: »Wir erobern die Städte vom Land aus!«, Schwerpunktaktivitäten der NPD und Kameradschaftsszene in Niedersachsen, Braunschweig 2005, S. 10. Auch Richards betont, dass Niedersachsen das »Stammland der Rechten« und damit der NPD gewesen sei; Richards, Fred H.: Die NPD: Alternative oder Wiederkehr?, München 1967, S. 20.

fen; in ihrem »Ursprungsland«¹²⁵ hatte sie schließlich ihre besten Voraussetzungen. Doch gleichzeitig verschob sich ab 1967 jenseits des zentralen Wirkungsbereiches der NPD in Niedersachsen der regionale Akzent stetig nach Nordrhein-Westfalen und Hessen, später auch ins nördliche Bayern.¹²⁶

In Niedersachsen indes lassen sich wahlanalytisch einige zentrale Wirkungszentren der NPD in den 1960er Jahren identifizieren. Zunächst war die neue nationale Kraft in denjenigen Regionen überdurchschnittlich erfolgreich, in denen bereits zuvor DRP, SRP und DP Erfolge einfuhren und untereinander um Einfluss rangen¹²⁷ – vor allem in protestantischen, ländlich-agrarischen Gebieten, die zwar mittelständisch geprägt waren, aber eine schwache Wirtschaftsstruktur aufwiesen. Bei den Wahlen 1969 stieß die Partei im Durchschnitt deutlich besser in Gemeinden mit über achtzig Prozent evangelischer Bevölkerung auf elektoralen Zuspruch.¹²⁸ Dies galt besonders für den Bezirk Lüneburg, im Umkreis von Stade und Rotenburg bis nach Celle.¹²⁹ Wähler neigten deutlich eher zur NPD, wenn sie wirtschaftspessimistische Einstellungen hatten und in wirtschaftlich schwachen Regionen lebten, in denen zugleich der Flüchtlings- und Vertriebenenanteil an der Bevölkerung überdurchschnittlich hoch war.¹³⁰

Allgemein betrachtet bestand die soziale Zusammensetzung der NPD-Wählerschaft überwiegend aus der unteren und oberen Mittelschicht.¹³¹ Im bundesweiten Durchschnitt der Wahlen von 1965 bis 1967 hatte die NPD ihr größtes Wählerreservoir unter Arbeitnehmern in kleinen Betrieben und unter Selbstständigen.¹³² Reinhard Kühnl betont darüber hinaus, dass die NPD ihre Anhängerschaft vor allem unter dem alten und neuen Mittelstand, den kleinen Geschäftsleuten und Unternehmern sowie den Angestellten und Beamten, aber auch der Bauernschaft fand.¹³³ Wie schon zu den regionalen und milieugeprägten Wählertraditionen bezüglich der DRP- und SRP-Erfolge in den 1950er Jahren festgestellt, zeigt sich auch in den 1960er Jahren, dass die NPD dort Anklang

125 Richards: Die NPD: Alternative oder Wiederkehr?, S. 23.

126 Vgl. Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, S. 384f. Hier hatte sie auch absolut ihre höchsten Mitgliederzahlen; vgl. Schmollinger, Horst W.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 4, Opladen 1986, S. 1922-1994, hier S. 1974.

127 Vgl. Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1955.

128 Vgl. Ritter/Niehus: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 187.

129 Vgl. Suckow: Regionale Traditionen und Rechtsextremismus im nordwestlichen Niedersachsen, S. 221.

130 Vgl. Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1958.

131 Vgl. Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, S. 366.

132 Vgl. Liepelt, Klaus: Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 8 (1967), H. 2, S. 237-271, hier S. 246.

133 Siehe Kühnl, Reinhard: Die NPD. Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte, Jg. 22 (1967), H. 1, S. 22-30, hier S. 22.

fand, wo die Sozialdemokratie in sozialistischen Milieus Schwierigkeiten hatte, ihre Klientelbindungen zu konsolidieren. So kam die NPD beispielsweise 1967 im Braunschweiger Land auf immerhin sechs Prozent.¹³⁴ Der Politikwissenschaftler Richard Stöss hat außerdem betont, dass der NPD »auch im katholischen Milieu [...] beträchtliche Zugewinne«¹³⁵ gelungen seien, was für Niedersachsen aber nur bedingt nachzuweisen ist.¹³⁶

Nachdem die NPD den Einzug in den Bundestag knapp verpasst hatte, fiel die Partei in eine tiefe Krise: Sie zog in keine weiteren Landesparlamente mehr ein, die Parteifunktionäre übertrafen sich gegenseitig in Schuldzuweisungen und vor allem: Der Partei liefen die Mitglieder davon. Zählte die NPD 1969 noch über 28.000 Mitglieder, so waren es 1972 nur noch 14.500 und 1978 lediglich noch 8.500. Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen trat Adolf v. Thadden 1971 als Parteivorsitzender zurück. Sein Nachfolger wurde Martin Mußnug, der allerdings weder Charisma noch organisatorisches Geschick besaß und daher in v. Thaddens Fußstapfen wohl scheitern musste. In der Folgezeit zerfiel die NPD regelrecht, sodass lediglich ein kleiner Stammkern übrig blieb. Aus Enttäuschung spaltete sich ein radikaler, mehr aktivistisch ausgerichteter Flügel ab, der den parlamentarisch-legalistischen Kurs nicht mehr mittragen wollte. In der Folgezeit fielen der »CDU/CSU etwa vier Fünftel der Wählerschaft der NPD zu«¹³⁷. Bei der nächsten Landtagswahl in Niedersachsen 1970 kam die Partei dann nur noch auf 3,2 Prozent. Dies war der Anfang vom vorläufigen Ende der neuen nationalen Sammlungspartei.

2.4 Rechtsradikale Organisationsversuche in den 1970er und 1980er Jahren

Nach ihrem kurzzeitigen Höhenflug und letztlich nur knappem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 löste sich die NPD organisatorisch auf. Das politische Lager rechts der Mitte befand sich aber nicht nur deshalb nach 1968 in einer schweren Krise: Der inzwischen manifest gewordene gesellschaftliche Wandel, die Studentenproteste, die linke Politisierung insbesondere junger Kohorten sowie der einsetzende »Wertewandel« (Ronald Inglehart) und die Säkularisierung hatten allesamt zu einer Erosion der Milieustrukturen geführt. Lokal-regionale Eigenheiten wandelten sich hierdurch eindrucklich, die Solidargemeinschaften verloren an Bindung. Geschlossene regionale und lokale Milieus, wie sie noch zu Zeiten der Wei-

134 Vgl. Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 243.

135 Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 139.

136 Dieser These widerspricht auch Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, S. 376.

137 Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 141.

marer Republik existiert hatten, lösten sich immer weiter auf.¹³⁸ Gerade hierdurch verlor der organisierte Rechtsradikalismus alter Prägung aber seine gesellschaftlichen Grundlagen. Erst vor dem Hintergrund des fundamentalen lebensweltlichen Wandels werden die darauffolgenden Entwicklungen nachvollziehbar. Das Spektrum zerfaserte und zerbrach in lose Kleinstgruppierungen und Subkulturen.¹³⁹

Tabelle 3: Niedersächsische Landtagswahlsergebnisse 1967- 86

	SPD	CDU	DP	FDP	Grüne	DKP	NPD
1967	43,1	41,7	–	6,9	–	–	7,0
1970	46,3	45,7	–	4,4	–	0,4	3,2
1974	43,1	48,8	–	7,0	–	0,4	0,6
1978	42,2	48,7	–	4,2	3,9	0,3	0,4
1982	36,5	50,7	–	5,9	6,5	0,3	–
1986	42,1	44,3	–	6,0	7,1	0,1	–

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Landeswahlleiters und von Hucker, Bernd Ulrich/Schubert, Ernst/Weisbrod, Bernd (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 722.

Dass nach 1968 rechtsradikale Parteien nur noch bedingt Wahlerfolge erzielen konnten, ist bloß der an der Oberfläche sichtbare Ausdruck für nachfolgende tieferliegende Umstrukturierungsprozesse angesichts des einsetzenden Generationenwechsels: Der deutsche Rechtsradikalismus wandelte nachdrücklich seine Erscheinungsform – und wurde zunehmend militanter. Anfang der 1980er Jahre sprach der Verfassungsschutz des Landes Niedersachsen davon, dass sich die NPD seit den 1970er Jahren endgültig zur »führende[n] Kraft des Rechtsextremismus«¹⁴⁰ entwickelt habe. Diesen habe sie erstens programmatisch zumindest äußerlich modifiziert und von der tradierten Bindung an den starren Nationalsozialismus gelöst; und zweitens nehme die NPD organisatorisch, personell wie auch strukturell eine Vermittlungsfunktion zwischen den verschiedenen Strömungen, Kräften und Formationen ein.

Retrospektiv betrachtet erstaunt eine solche Einschätzung allerdings.¹⁴¹ Denn nach 1969 stürzte die NPD in eine schwere politische, personelle und programmati-

138 Vgl. Rohe: Wahlen und Wählertradition in Deutschland, S. 172.

139 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 60f.

140 Niedersächsisches Innenministerium: Wehrhafte Demokratie. Verfassungsschutz in Niedersachsen, Hannover 1981, S. 128.

141 Zur Kritik an dieser These ausführlich Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, S. 134-163.

sche Krise, in einen »Dissoziationsprozess«¹⁴²; sie war »organisatorisch ausgezehrt und fristete in den folgenden Jahren ein lustloses und inaktives Dasein«¹⁴³. Gerade in Norddeutschland, besonders aber in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, machte sich der organisatorische Zerfallsprozess deutlich bemerkbar. In manchen Kreisen schaffte es die NPD nicht einmal mehr, ihre JN-Gruppen zu halten, und musste diese schließlich auflösen.¹⁴⁴ Hatte die NPD-Jugendorganisation 1970 noch zwischen 1.100 und 1.800 Mitglieder gezählt, waren es zehn Jahre später bundesweit bloß noch 500;¹⁴⁵ in Niedersachsen hatte die JN 1977 gerade einmal noch 150 Mitglieder.¹⁴⁶

Kurzum: Die NPD konnte ihren Anspruch als führende Kraft innerhalb des organisierten Rechtsradikalismus letztlich nach außen kaum erfüllen, die Partei spielte nur noch szeneeintern eine Rolle, konnte in der Öffentlichkeit kaum mehr Wirkung entfalten – zumal ihr ab den 1970er Jahren auf Bundesebene immer stärkere Konkurrenz durch die sich stärker bürgerlich gerierende DVU des Gerhard Frey erwuchs.

Das rechtsradikale Spektrum zerfaserte in den 1970er Jahren in unterschiedliche Lager: Von der NPD oder der DVU über subkulturelle Gruppen, die sich als sogenannte Neue Rechte verstanden, bis zu den sogenannten Nationalrevolutionären und neonazistischen Zirkeln.¹⁴⁷ Vor allem das neonazistische Lager, das sich zunehmend von parteipolitischen Strukturen löste und sich in unabhängigen Strukturen zu organisieren suchte, verlor deutlich an Anhängerschaft. Gruppierungen wie die NSDAP-AO (NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation), die besonders in Hessen und Niedersachsen aktiv war, mussten erst wieder Netzwerke und Kader aufbauen. Der niedersächsische Verfassungsschutz sprach zumindest Anfang der 1980er Jahre von nur noch »rd. 120 Neonazis«¹⁴⁸.

Doch gleichzeitig radikalisierte sich in jenen Jahren gerade dieses neonazistische Spektrum und wurde zunehmend militanter.¹⁴⁹ Eine herausragende Rolle für die Organisation und Koordination über die Grenzen dieser Szene hinaus spielte

142 Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1928.

143 Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 145.

144 Vgl. Riehl-Heyse, Herbert: Die NPD. Leidensgeschichte einer Rechtspartei, oder: Der Kampf an drei Fronten, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsradikalismus: Randerscheinung oder Renaissance?, Frankfurt a.M. 1980, S. 127–144, hier S. 137.

145 Vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 146.

146 Vgl. Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1978.

147 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 63f.; Finkbeiner, Florian: Armin Mohler und die Frühgeschichte der »Neuen Rechten« in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel von Konservatismus, Nationalismus und Rechtsextremismus, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (I), Brühl 2016, S. 209–233.

148 Niedersächsisches Innenministerium: Wehrhafte Demokratie, S. 141.

149 Siehe Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 153.

damals Michael Kühnen. Er war *die* entscheidende rechtsradikale Führungsfigur mindestens Norddeutschlands. Seine Aktivitäten gingen zumeist vom norddeutschen Raum aus. Kühnen wurde einer der letzten Apologeten der NSDAP, stets war sein großes politisches Ziel der Wiederaufbau dieser Partei in der Bundesrepublik. Die nach ihm benannte »Kühnen-Bewegung« markierte in jenen Jahren einen grundlegenden Generationen-, Führungs- und Taktikwechsel des organisierten Rechtsradikalismus. Kühnen war die große charismatische Galionsfigur des zwischenzeitlich so militant auftretenden jugendlichen Rechtsradikalismus.¹⁵⁰

Geboren 1955, wuchs er als Einzelkind in einem konservativ-katholischen Elternhaus im Rheinland auf. Enttäuscht von der Wahlniederlage der NPD 1969 wandte sich Kühnen von dieser Partei und ihrer Jugendorganisation (JN) ab und suchte sich zwischenzeitlich konspirativ-aktionistische Bezugsgruppen.¹⁵¹ Diese fand er nach eigener Aussage zunächst in der »Liga gegen den Imperialismus«, einer Nebenorganisation der KPD,¹⁵² in welcher er Überschneidungen im Stil und teilweise auch im Weltanschaulichen mit seinem »nationalen Sozialismus« sah.¹⁵³ Ab Mitte der 1970er Jahre organisierte er sich dann dauerhaft im militanten neonationalsozialistischen Spektrum: zuerst bei der »Aktion Neue Rechte« und dann bei der »Aktionsgemeinschaft Vierte Partei«. Zuvor war Kühnen als Leutnant bei der Bundeswehr wegen rechtsextremer Aktivitäten unehrenhaft entlassen worden. Durch seinen Mentor Wolf-Dieter Eckart, führender Aktivist der NSDAP-AO, rasch politisiert und gefördert, gründete Kühnen ab 1977 eigene Organisationen wie die Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)¹⁵⁴, deren erster »Organisationsleiter« er wurde, als der er die ANS zur bis dato »wohl auffälligsten und aggressivsten Neonazigruppe«¹⁵⁵ seit 1945 ausbaute.

Die Kühnen-Gruppe marschierte nun in SA-ähnlichen Uniformen auf, provozierte mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen,¹⁵⁶ verübte Gewalt- und Straftaten;

150 Vgl. die tendenziöse Studie von Bräuninger, Werner: Kühnen. Porträt einer deutschen Karriere. Die Biografie, Bad Schussenried 2016.

151 Vgl. Erb, Rainer: Kühnen, Michael, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 8, Berlin 2015, S. 89–92, hier S. 90.

152 Vgl. Graf, Werner: »Wir hatten nur sechs Jahre Zeit«. Michael Kühnens nationaler Sozialismus, in: Ders. (Hg.): »Wenn ich die Regierung wäre ...« Die rechtsradikale Bedrohung, Bonn 1984, S. 38–53, hier S. 51f.

153 Vgl. ebd.

154 Vgl. Jaschke, Hans-Gerd: Biographisches Porträt: Michael Kühnen, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4 (1992), S. 168–180, hier S. 171.

155 Di Lorenzo, Giovanni: Wer, bitte, ist Michael Kühnen? Beschreibung eines Phänomens, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a.M. 1989, S. 232–247, hier S. 237.

156 Michael Kühnen wurde bundespolitisch bereits 1978 durch die sogenannte Eselmaskenaktion bekannt: Kühnen und einige seiner ANS-Anhänger demonstrierten in Hamburg mit Eselmasken und Pappschildern, auf denen stand: »Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden

allein Kühnen wurde im ersten Halbjahr 1978 insgesamt 18-mal festgenommen.¹⁵⁷ Nicht mehr die Älteren, ehemaligen NSDAP-Mitglieder prägten nun das Bild, sondern eine junge, nachwachsende Generation. Kühnen strebte auch als Erster deren strukturellen Ausbau an, indem er national-revolutionäre, anarchistische und andere Subkulturen wie Hooligans oder Skinheads anzusprechen und zu integrieren versuchte. Kühnen hatte ein charismatisches und rhetorisches Talent, war darüber hinaus aber auch ein geschickter Organisator und Netzwerker. Neben den Gruppen, die er selbst leitete, unterstützte er zugleich andere Zusammenschlüsse wie etwa die Nationalistische Front (NF)¹⁵⁸, baute Kontakte der neonazistischen Szene ins Ausland auf oder gründete taktisch verschiedene Gruppen teilweise parallel, um strafrechtlichen Verbotsmaßnahmen zuvorzukommen und fließend Ersatzorganisationen bereitzustellen, vor allem in Niedersachsen und Hamburg.¹⁵⁹ Er zog mediale Aufmerksamkeit auf sich – sei es durch unangekündigte öffentlich-provozierende Aktionen, Interviews oder medienwirksame Verhaftungen, wie sie sich auf einem von ihm inszenierten Parteitag im Juli 1990 in Cottbus beobachten ließ, als Kühnens Festnahme von der ARD gefilmt wurde. Vor allem aufgrund dieser medialen Resonanz avancierte Kühnen in den 1980er Jahren neben Karl-Heinz Hoffmann (Wehrsportgruppe Hoffmann), dem Rechtsanwalt Manfred Roeder und Friedhelm Busse zu einer der zentralen Leitfiguren des neonazistischen Lagers.

Anfang der 1980er Jahre befand sich das rechtsradikale Spektrum bundesweit in einer Orientierungs- und Findungsphase, gepaart mit einem neuerlichen Auftrieb des organisierten Rechtsradikalismus.¹⁶⁰ Diese Phase wird teilweise auch als eine Art »Inkubationszeit«¹⁶¹ beschrieben. In jenen Jahren änderte die NPD ihre Taktik und Programmatik. Sie trat nun außenpolitisch für Blockfreiheit und Neutralität ein, suchte einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus und propagierte eine vermeintliche Abkehr vom biologischen Rassismus durch den sogenannten Ethnopluralismus.¹⁶² Auch strategisch kam der NPD ab Mitte der 1980er Jahre innerhalb der Subkultur des rechtsradikalen Spektrums wieder eine gewisse Rolle zu, da sie bei der Europawahl 1984 mit 0,8 Prozent zumindest in den Promillebereich und damit in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung kam.

vergaß wurden.« Journalisten dokumentierten die anschließende Verhaftung und berichteten mehrere Tage über die Aktion und den jungen Neonazi-Anführer.

157 Vgl. Jaschke: Biographisches Porträt: Michael Kühnen, S. 171.

158 Vgl. Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus, S. 92.

159 Vgl. Kniest, Karl: Die »Kühnen-Bewegung«. Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur deutschen und europäischen Geschichte des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 2000, S. 37ff.

160 Vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 9.

161 Leggewie, Claus: Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1993, S. 100.

162 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 88.

Wie ernüchtert das politische Spektrum rechts der Mitte bis zu dieser Zeit gewesen sein muss, lässt sich schon daran erkennen, dass dieser bescheidene Wahlerfolg der NPD genügte, um wieder relativ attraktiv für Bündnispartner zu werden, wie sich etwa auch an der neuen Kooperation mit der DVU zeigte. Auch die Mitgliederzahlen stiegen Ende der 1980er Jahre wieder auf über 7.000. Allein in Niedersachsen hatte die NPD 1981 etwa 800 Mitglieder. Laut niedersächsischem Innenministerium konzentrierten sich die Aktivitäten der NPD in den 1980er Jahren auf folgende Regionen:¹⁶³ im Bezirk Lüneburg vor allem in Celle, Harburg-Land, Lüneburg und Stade; im Bezirk Weser-Ems in Oldenburg und im Bezirk Braunschweig in Northeim.

Zwischenzeitlich erlebte eine neue Partei im rechtsradikalen Spektrum einen Höhenflug: Die Republikaner (REP), gegründet von ehemaligen Christsozialen um Franz Handlos und Franz Schönhuber, wurden für kurze Zeit zur neuen Sammlungsbewegung für frustrierte Bürgerliche bis weit rechts der Mitte. Diese neue Partei erzielte Ende der 1980er Jahre durchaus beachtliche Erfolge in Berlin (7,5 Prozent) oder bei der Europawahl (7,1 Prozent). Auf Bundesebene erlangte sie zumindest eine gewisse Bedeutung, tat sich in Niedersachsen allerdings besonders schwer. Dort schaffte sie es kaum, organisatorische Strukturen aufzubauen; ihre Mitgliederstärke blieb deutlich hinter dem Bundestrend und auch elektoral konnte sie hier kaum vergleichbare Erfolge erzielen: Bei der Landtagswahl 1986 konnte sie aus organisatorischen Gründen nicht antreten und selbst 1990 erzielte sie lediglich 1,5 Prozent.¹⁶⁴ Die genauen Gründe für das vergleichsweise schlechte Abschneiden der Republikaner ausgerechnet in Niedersachsen sind bis heute nur unzureichend erforscht.

Gegen Ende der 1980er Jahre diversifizierte sich das rechtsradikale Lager endgültig. Die einzelnen Strömungen und Gruppierungen, die sich nicht in Parteien organisierten – was gerade für das neonazistische Spektrum galt –, entfernten sich immer weiter voneinander. Aber nicht nur zwischen diesen Teilströmungen, sondern auch innerhalb dieser Lager kam es zu immer stärkeren Grabenkämpfen. Die aus der ANS hervorgegangene Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS-NA) wurde 1983 verboten und organisierte sich von da an als »Bewegung«, spaltete sich allerdings 1986 aufgrund der Personalie Kühnen. Anlass war eine Auseinandersetzung um dessen Homosexualität: Der eine Flügel um Kühnen sah Homosexualität lediglich als eine Form der Sexualität und damit als private Moralentscheidung; der andere Flügel um Jürgen Mosler lehnte Homosexualität als »Abnormalität« ab. Die Spaltung entlang der Homosexualitätsfrage fand ironischerweise Analogien in einer ideologischen Frage zum Verständnis des Nationalsozialismus. Während Kühnen sich offen immer an der Röhm-SA orientierte,

163 Siehe Niedersächsisches Innenministerium: Wehrhafte Demokratie, S. 141.

164 Vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 202.

verstand sich Mosler immer stärker in der Tradition der SS.¹⁶⁵ Die Gräben vertieften sich gegen Ende der 1980er Jahre, Kühnen geriet immer stärker in eine Isolation.¹⁶⁶ Die endgültige Spaltung dieser Flügel zeigte sich symbolisch, als der 100. Geburtstag Adolf Hitlers im April 1989 zwar gemeinsam propagiert, aber die Gedenkveranstaltungen voneinander getrennt durchgeführt wurden.

Diese innerszenische Auseinandersetzung betraf freilich bloß einen kleinen Teil des Rechtsradikalismus, kann aber dennoch als übergeordnet symptomatisch für die Situation des rechtsradikalen Lagers angesehen werden – strahlten diese Zerwürfnisse doch auf die weiteren Entwicklungen aus. Mitte der 1980er Jahre avancierte die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) zu der Partei des neonationalsozialistischen Lagers. Zwar schon 1979 von Martin Pape gegründet, blieb diese Kleinstpartei zunächst bedeutungslos. Erst infolge des ANS-NA-Verbots 1983 änderte sich die Situation: Denn Michael Kühnen ließ seine Kader systematisch die FAP-Strukturen infiltrieren, ohne dabei selbst der FAP beizutreten. Dieser »Taktikwechsel«¹⁶⁷ zielte darauf ab, unter dem Schutz einer legalen Partei das NS-Verbot zu umgehen. Die Mitgliederzahl der FAP stieg hierdurch Mitte der 1980er Jahre auf über 500 an.

Der Konflikt um Kühnen ab 1986 wirkte sich direkt auf die weiteren Konstituierungsprozesse der FAP aus. Das Kühnen-Lager wurde formal aus der FAP ausgegrenzt. Doch nachdem Mosler den innerparteilichen Machtkampf gegen den damals neu gewählten Vorsitzenden Friedhelm Busse, der zuvor Leiter der neonationalsozialistischen Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA) gewesen war, verloren hatte, verließ auch das Mosler-Lager die Partei. Infolge der zunehmenden Isolierung Kühnens gründete dieser neue Parallelorganisationen wie etwa die kurze Zeit später wieder verbotene Nationale Sammlung (NS)¹⁶⁸ oder die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Mit diesen Initiativen protegierte Kühnen zugleich zwei junge Anhänger und Kader, die ab den 1990er Jahren – nach seinem Tod 1991 infolge einer Aids-Erkrankung – einigen Einfluss auf die rechtsradikale Szene haben sollten: Christian Worch und Thomas (»Steiner«) Wulff. Bis heute wird Michael Kühnen in der Szene verehrt, sein My-

165 Vgl. Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus, S. 81.

166 Einige ehemalige Kühnen-Anhänger wechselten die Fronten, liefen zu Mosler über, sodass sich Kühnen immer mehr isolierte. Laut Schätzungen soll das Mosler-Lager 1989 mit rund 350 Mitgliedern deutlich stärker als das Kühnen-Lager mit rund 130 Mitgliedern gewesen sein (vgl. ebd.). Andere Quellen sprechen von 170 Kühnen-Anhängern; vgl. Kniest: Die »Kühnen-Bewegung«, S. 103.

167 Kniest: Die »Kühnen-Bewegung«, S. 99.

168 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Das Verbot der »Nationalen Sammlung« durch das Bundesinnenministerium im Januar 1989, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2 (1990), S. 218-227.

thos von früheren Weggefährten wie Thomas Brehl oder Otto Riehs weiterhin mit Fest- und Erinnerungsschriften gepflegt.¹⁶⁹

Auch wenn die FAP bei Wahlen nie nennenswerte Erfolge verbuchen konnte – sie verharnte meist bei rund 0,1 Prozent –, so hatte sie doch innerhalb des neonazistischen Lagers eine besondere Prägekraft: Sie baute einzelne Ortsverbände auf, schulte Jugendliche und vernetzte Einzelgruppen.¹⁷⁰ Wie der Untersuchungsausschuss über den NSU in seinem Abschlussbericht 2017 festhielt, hatte die FAP unter der Federführung von Karl Polacek im südlichen Niedersachsen an der Grenze zu Thüringen ein Schulungszentrum eingerichtet, mit dem gezielt Jugendliche für die neonazistische Szene angesprochen werden sollten. Einzelne Neonazis wie Michael S., der auch im NSU involviert war, fanden durch diese Strukturen ihren Einstieg in die Szene.¹⁷¹ Michael S. beschrieb vor dem Untersuchungsausschuss Karl Polacek sogar als seinen »politischen Ziehvater«¹⁷². Dass die FAP sich gerade im südlichen Niedersachsen organisierte, lag vor allem auch daran, dass Polacek Ende der 1980er Jahre in Mackenrode bei Göttingen wohnte, die dortigen Strukturen und Netzwerke kannte.¹⁷³ Während die Bundes-FAP immer stärker auseinanderfiel und 1991 bloß noch rund 150 Mitglieder zählte¹⁷⁴, konnten sich in Hessen und Niedersachsen einzelne FAP-Strukturen weiter konsolidieren.

Was lässt sich nun aus den rechtsradikalen Organisationsversuchen jener Jahre für übergeordnete Aussagen über regionalspezifische Kontextfaktoren und deutungskulturelle Determinanten rechtsradikaler Einstellungsmuster ableiten bzw. welche regionalen Schwerpunkte lassen sich identifizieren?

Mit der Erosion der klassischen sozialmoralischen Milieus, mit der Entlokalisierung einzelner Regionen und der Performanz des deutschen Parteiensystems¹⁷⁵ lässt sich ab den 1970er und 1980er Jahren kaum mehr von »Hochburgen« rechtsradikaler Parteien im engen Sinne sprechen.¹⁷⁶ Dafür haben sich die Konstituie-

169 Siehe Freundeskreis Michael Kühnen (Hg.): Michael Kühnen. Sein Leben, sein Wirken, sein Kampf, Köln 2005.

170 Vgl. Niedersächsisches Innenministerium: Antwort auf die Kleine Anfrage: Neofaschistische Aktivitäten in Hannover und Umgebung, Drs. 11/815 v. 02.03.1987.

171 Vgl. Untersuchungsausschuss des Bundestages: Beschlussempfehlung und Bericht des 3. Untersuchungsausschusses, Drs. 18/12950 v. 23.06.2017, S. 572 oder auch S. 1107.

172 Ebd., S. 1148.

173 Vgl. Stengel, Eckhard: Der Schoß ist fruchtbar noch. Rechtsextremismus in Südniedersachsen. Ein Überblick, in: Duwe, Kornelia/Gottschalk, Carola/Koerner, Marianne (Hg.): Göttingen ohne Cänseliesel. Texte und Bilder zur Stadtgeschichte, Göttingen 1988, S. 247–249.

174 Vgl. Kniest: Die »Kühnen-Bewegung«, S. 112. Andere Quellen beziehen sich auf die damaligen Parteiangaben und nennen ca. 300–400 Mitglieder.

175 Vgl. Walter, Franz: Vom Milieu zum Parteienstaat: Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel, Wiesbaden 2010, bes. S. 149ff.; Lösche/Walter: Katholiken, Konservative und Liberale.

176 Kock, Sonja: »Hochburgen« des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik. Zur Tragweite politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze rechtsextremer Wahlerfolge, in: Klär-

rungsbedingungen mit dem Ende der Solidargemeinschaften (Peter Lösche) zu nachhaltig und irreversibel verändert. Was sich hingegen aber gerade in Niedersachsen immer noch deutlich nachzeichnen lässt, sind die jeweilige regionale Präsenz und deren Organisationsschwerpunkte, sodass sich anbietet, hierbei von lokalen Verdichtungsräumen zu sprechen. Allerdings lassen sich diese einzelnen Ballungsgebiete allenfalls noch hinsichtlich organisatorischer Gesichtspunkte identifizieren – abgesehen von den jeweils führenden Aktivisten bzw. den öffentlich bekannt gewordenen Straffälligen liegen kaum valide Daten über die soziostrukturellen Zusammensetzungen der rechtsradikalen Gruppierungen jener Jahre vor.¹⁷⁷

Bereits in den 1970er Jahren zeichnete sich bundesweit die Tendenz ab, dass sich der Rechtsradikalismus kaum mehr parteipolitisch zusammenbindet. Vielmehr hatte das Spektrum in diesen Jahren unterschiedliche Ausprägungen und Facetten, die sich nicht alle kanalisieren ließen. Einzelne Strömungen und Teilgruppierungen rechtsradikaler Strukturen waren in den 1980er Jahren zu kleinteilig, als dass sie geografisch-lokalkulturell herausgehoben werden könnten. Lediglich bei den Organisationen und Teilstrukturen, die sich um die NPD gruppierten, lassen sich gewisse Muster erkennen: Sie waren in Niedersachsen lokal besonders im Bezirk Lüneburg im Umkreis von Celle, Harburg, Lüneburg und Stade, aber auch in Oldenburg stark. Zumindest nominal zeigen sich hier tendenzielle Überschneidungen mit den rechtsradikalen Hochburgen in den 1950er Jahren: Rechtsradikale Strukturen waren in den 1980er Jahren dort noch stark vorhanden, wo einst SRP und DRP in den ländlich-agrarischen Gebieten mit welfischer Tradition im nord-östlichen Niedersachsen über ihre Hochburgen verfügt hatten.

2.5 Diversifikation und Informalisierung rechtsradikaler Strukturen ab den 1990er Jahren

Nach der deutschen Vereinigung 1989/90 erlebte der Rechtsradikalismus kurzzeitig eine erneute Blütephase, die geprägt war von einer rassistischen Gewaltwelle. Vor allem in den neuen Bundesländern attackierten meist jugendliche Rechtsradikale Flüchtlingsunterkünfte, um die Fußball- und Skinheadszenen entstanden gewaltbereite Subkulturen.¹⁷⁸ Dieser Wandel der rechtsradikalen Erscheinungsform

ner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 207-237.

¹⁷⁷ Dieser Mangel an soziostrukturellen Daten hängt auch damit zusammen, dass sich die Anhängerschaft rechtsradikaler Parteien zwischen den 1950er und 1980er Jahren tendenziell zu einem »Unterschichtenphänomen« gewandelt hatte und dadurch sozialwissenschaftlich wesentlich schwerer zu erforschen ist; Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 86.

¹⁷⁸ Vgl. Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, München 1993, S. 140-155.

wirkte im ersten Moment derart überraschend eruptiv, dass bezeichnenderweise in den Sozialwissenschaften darüber diskutiert wurde, ob der »Rechtsextremismus« nun sogar eine neue »soziale Bewegung« sei.¹⁷⁹ Rechtsradikale Subkulturen erhielten eine neue Attraktivität, und aufgrund ihrer gestiegenen Bedeutung und zunehmenden Radikalität auch eine neue Qualität. Als exponiertes Beispiel gilt die sogenannte Wiking-Jugend (WJ), die Anfang der 1990er Jahre als größte rechtsradikale Jugendorganisation galt. Sie orientierte sich an der Kaderstruktur der nationalsozialistischen Hitler-Jugend und organisierte sich nach dem sogenannten Lebensbundprinzip. Die WJ war bereits in den 1950er Jahren – bezeichnenderweise – in Niedersachsen gegründet worden. Aber erst nach der deutschen Vereinigung stiegen ihre Mitgliederzahlen deutlich an, auf ca. 400-500 Personen. In jenen Jahren baute sie ihre Strukturen aus und wurde für neonazistische wie diffus völkische Kleingruppen zu einer zentralen Schnittstelle. Aufgrund ihrer gestiegenen Bedeutung und Radikalisierung wurde die Wiking-Jugend 1994 vom Bundesinnenministerium verboten.¹⁸⁰

Tabelle 4: Niedersächsische Landtagswahlergebnisse 1990- 2013

	SPD	CDU	FDP	Grüne	LINKE	REP	NPD
1990	44,2	42,0	6,0	5,5	–	1,5	0,2
1994	44,3	36,4	4,4	7,4	–	3,7	0,2
1998	47,9	35,9	4,9	7,0	–	2,8	–
2003	33,4	48,3	8,1	7,6	0,5	0,4	–
2008	30,3	42,5	8,2	8,0	7,1	–	1,5
2013	32,6	36,0	9,9	13,7	3,1	–	0,8

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von Landeswahlleitern

Vereinzelte konnten rechtsradikale Parteien Anfang der 1990er Jahre elektorale Erfolge erzielen. Die DVU zog 1991 mit 6,2 Prozent in die Bremer Bürgerschaft ein und die REP holten 1992 in Baden-Württemberg 10,9 Prozent. Allerdings konnten diese Parteien sonst kaum elektoral hinzugewinnen. Bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1994 kam das politische Lager rechts der Mitte, von den Republikanern bis zur NPD und anderen Kleinstparteien, gerade einmal auf vier Prozent. Bereits bei der Bundestagswahl 1990 hatte die NPD für die Partei enttäuschende 0,3 Prozent erzielt, woraufhin innerparteiliche Konflikte ausbrachen, an deren Ende

179 Vgl. Leggewie, Claus: Rechtsextremismus. Eine soziale Bewegung?, in: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Olden 1994, S. 325-338.

180 Vgl. Fromm, Rainer: Am rechten Rand. Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg 1993, S. 171ff.

der Vorsitzende Mußnug sein Amt aufgab. In Reaktion auf diese NPD-Krise kündigte Gerhard Frey seine DVU-Kooperation mit der NPD wieder auf, wodurch die NPD gerade in Süd- und Ostdeutschland strategisch stark geschwächt wurde. Anfang der 1990er Jahre soll es in Deutschland insgesamt knapp 59.000 Mitglieder in rechtsradikalen Organisationen gegeben haben. Der größte Anteil entfiel damals auf die DVU, besonders in Süd- und Ostdeutschland, mit ca. 24.000 Mitgliedern; die Republikaner kamen auf 19.000 und die NPD auf 6.600. Der Rest verteilte sich auf sonstige rechtsradikale Vereinigungen, Skins und Hooligans.¹⁸¹

Anfang der 1990er Jahre wandelte sich die Erscheinungsform des Rechtsradikalismus einerseits aufgrund des zunehmenden staatlichen Repressionsdrucks infolge der Pogrome, andererseits auch aufgrund einer Parteien- und Parlamentsüberdrüssigkeit im politischen Spektrum infolge ausbleibender Wahlerfolge. Von nun an waren kleine, autonome Gruppenorganisationen – »Freie Kräfte« oder »Freie Kameradschaften« genannt – prägend für die szeneeinterne Organisation wie auch die öffentliche Wahrnehmung. Parteien wie die NPD oder die Freie Arbeiterpartei (FAP) spielten zwar szeneeintern weiterhin eine Rolle, verloren aber tendenziell ihren rechtsradikalen Identifikationskern. In dieser Dekade gewannen in der Szene insbesondere informelle, aktiv-kämpferisch auftretende Strukturen an Beliebtheit.¹⁸² Dabei ist diese Form der unabhängigen Aktionsgruppen noch ein Aktionsrelikt aus der Zeit von Michael Kühnen, der diese Organisationsform bereits Anfang der 1980er Jahre für die ANS/NA als »Gau-Einheiten« strukturiert hatte.¹⁸³

Die erste bedeutsame Kameradschaftsstruktur, die sogenannte Nationale Offensive (NO), entstand aus der FAP heraus. Die NO war eine vor allem in Bayern aktive neonazistische Gruppierung mit rund 100 Mitgliedern. Nach rassistisch motivierten Angriffen wurde sie 1992 verboten. Parallel bildeten sich ab 1990 »autonome« NS-Gruppen, die sich infolge der desillusionierenden Parteierlebnisse unabhängig organisieren wollten. Das »Konzept« dieser dezentralen Kameradschaftsstrukturen weitete sich immer mehr aus. In den 1990er Jahren gab es im gesamten Bundesgebiet mehr als 150 Freie Kameradschaften, deren jeweiliger Organisationsgrad und deren Mitgliederstärke dabei allerdings stark variierten.¹⁸⁴ Seit den 1990er Jahren etablierten sich gerade auch von diesen Strukturen initiierte »Aufmärsche« als fester Bestandteil der Szene.¹⁸⁵

181 Vgl. Leggewie: Druck von rechts, S. 164.

182 Vgl. Schedler, Jan: »Modernisierte Antimoderne«: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990–2010, in: Ders./Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 17–35.

183 Vgl. Kniest: Die »Kühnen-Bewegung«, S. 53f.

184 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 110.

185 Vgl. Virchow, Fabian: Dimensionen der »Demonstrationspolitik« der extremen Rechten in Deutschland, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 68–101.

In Niedersachsen war insbesondere für die neonazistische Szene das Verbot der FAP im Jahr 1995 die negative Initialzündung für den Umbau ihrer Organisationsstrukturen. Nach dem Verbot bildeten sich aus den ehemaligen FAP-Einzelstrukturen direkte Ableger in Form Freier Kameradschaften. Diese wurden besonders von Aktivisten wie Christian Worch oder Thomas (»Steiner«) Wulff organisiert, denen für die Vernetzung der norddeutschen Neonazi-Szene eine zentrale Bedeutung zukam.¹⁸⁶ Der ehemalige Kühnen-Vertraute Christian Worch galt nunmehr als *die* »neue Führungsfigur im neonationalsozialistischen Lager«¹⁸⁷. Aber auch Thorsten Heise kam damals nicht nur innerhalb der FAP eine bedeutende Rolle zu; er war auch eine zentrale Integrationsfigur für das neonazistische Spektrum in Südniedersachsen, Nordhessen und Thüringen.¹⁸⁸ Heise, 1969 geboren, kam bereits als Jugendlicher in Kontakt mit Karl Polacek und damit auch mit der FAP, der er bereits 1984 beitrug. Bis Anfang der 1990er Jahre wohnte er in Nörten-Hardenberg, zog 1993 nach Northeim, wo er Kameraden um sich gruppierte.¹⁸⁹ 1990 war der junge Heise kurzzeitig im Zuge der Parteiumstrukturierung nach dem Kühnen-Konflikt kommissarischer FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen gewesen, ehe er dann 1992 das Amt auch offiziell übernahm.¹⁹⁰

Südniedersachsen war Anfang der 1990er Jahre eine zentrale Verdichtungsregion, in der sich die zerfaserte rechtsradikale Szene teilweise konstitutiv organisieren konnte. Hier, zwischen Hannover und Göttingen, konzentrierten sich die Aktivitäten vor allem des neonazistischen Spektrums gerade deshalb, weil dort führende Kaderfunktionäre wohnten, die Freundeskreise und Netzwerke hatten. Gerade diese »Bewegungsunternehmer«, wie eben Karl Polacek oder Thorsten Heise, verstanden sich darauf, Gruppen zu organisieren und zu koordinieren.¹⁹¹ Zu den wichtigsten Kameradschaften im norddeutschen Raum zählten in den 1990er Jahren vor allem die Kameradschaft Bremen, die Kameradschaft Hamburger Sturm und die Kameradschaft Pinneberg; in Niedersachsen waren es besonders die Kameradschaft Celle 73, die Kameradschaft Lüneburg/Uelzen Trupp 16 und die Kameradschaft Northeim.¹⁹²

186 Vgl. Untersuchungsausschuss des Bundestages, S. 1152.

187 Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus, S. 100.

188 Vgl. Untersuchungsausschuss des Bundestages, S. 992.

189 Vgl. Das Redaktionskollektiv: Neonazis in Südniedersachsen, Göttingen 2008, S. 4f.

190 Vgl. Budler, Kai: Gewalt, Rechtsrock und Kommerz. Justizwunder Thorsten Heise, in: Der Rechte Rand 175/2018, URL: https://www.der-rechte-rand.de/archive/4183/portrait-thorsten-heise/?fbclid=IwAR06kC1ANBrICGy_uQDwKflfAZdpPozVAwOcljX7HdzhTEw3gk6L8fognQ [eingesehen am 20.02.2019].

191 Sehr detailliert illustriert etwa in einer linken Dokumentationsbroschüre, vgl. o.V.: DOKU. Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen. Fakten, Analysen und Hintergründe: Chronologie, Göttingen 1990.

192 Vgl. Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen, Organisationen, Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 395.

Letztere etwa war Mitte der 1990er Jahre von Thorsten Heise initiiert und organisiert worden. Öffentlich in Erscheinung trat sie erstmals 1998 bei einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Dresden. Aufgrund ihres regen Aktionismus erlangte sie relativ schnell bundesweite Bekanntheit.¹⁹³ Ab Mitte der 1990er Jahre nahm dann das Freie und Soziale Aktionsbüro Norddeutschland eine zentrale Rolle ein.¹⁹⁴ Diese Koordinierungsstelle versuchte, mit Demonstrationen, Konzerten und weiteren Aktionen einzelne Teilströmungen zu vernetzen. In diesem Radius fiel dann im Zuge der neuen Verbotsstufe (wie dem der FAP 1995 und weiterer Organisationen) auch der NPD wieder eine bedeutende Rolle zu. Diese passte sich den gewandelten Anforderungen an, indem sie sich nun als »Bewegungspartei« zu strukturieren versuchte. Die NPD wollte wieder der parteipolitische Vernetzungsanker für das rechtsradikale Spektrum sein und als eine Art Dachorganisation fungieren, indem sie die Freien Kräfte tendenziell integrierte.¹⁹⁵

Dieser Strategiewechsel fand parteipolitisch und programmatisch seinen Niederschlag im maßgeblich von Udo Voigt, dem 1996 neu gewählten NPD-Vorsitzenden, konzipierten »Drei-Säulen-Konzept«: Der NPD ging es nun um den Kampf um die Köpfe, den Kampf um die Straße und den Kampf um die Parlamente.¹⁹⁶ Sie versuchte, die organisatorische Rolle der FAP einzunehmen, dabei allerdings auf einen größeren Anhängerkreis zu zielen. Deshalb übernahm die NPD nun beispielsweise auch die Tradition der FAP, am 1. Mai eigenständige Demonstrationen zu veranstalten.¹⁹⁷ Für eine kurze Zeit schien diese Strategie aufzugehen, denn die Partei konnte sowohl aktionistische Kräfte an sich binden als auch teilweise elektorale Erfolge erzielen (weniger in Niedersachsen als vor allem in Ostdeutschland).

193 Dieser Aktionismus mit bundesweiter Strahlkraft wird – unabhängig von der politischen Färbung – informativ etwa in einer Dokumentationsbroschüre veranschaulicht; siehe Antifa Offensive 99: Weg mit der faschistischen Kameradschaft Northeim. Ein Überblick zum »Netzwerk Heise«, Info 2 Broschüre, Göttingen 1999.

194 Vgl. Grumke/Wagner: Handbuch Rechtsradikalismus, S. 395; Virchow, Fabian: The groupuscularization of neo-Nazism in Germany: the case of the Aktionsbüro Norddeutschland, in: Patterns of Prejudice, Jg. 38 (2004), H. 1, S. 56–70.

195 Vgl. Pfahl-Traugher, Armin: Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern »Aktion« – »Gewalt« – »Kultur« – »Politik«, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 71–100, hier S. 95.

196 Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 132ff.

197 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 112.

2.6 Die NPD als rechtsradikales Flaggschiff ab den 2000er Jahren

In der Millenniums-Phase wurde die NPD endgültig zum »Gravitationsfeld« (Bundesamt für Verfassungsschutz) bzw. zum »Flaggschiff« (Marc Brandstetter) des nationalen Rechtsradikalismus – und blieb dies auch für ein knappes Jahrzehnt.¹⁹⁸ Befeuert durch die zunehmenden organisatorischen Vernetzungen der NPD mit der Subkultur der Skinheads, der Rechtsrock-Szene, aber auch mit rechtsterroristischen Gruppierungen wie Blood & Honour sowie durch die jüngsten Wahlerfolge wurde Anfang der 2000er Jahre der erste Verbandsantrag gegen die NPD gestellt, der 2003 allerdings scheiterte.

Andere Parteien rechts der Mitte hatten demgegenüber gerade im norddeutschen Raum kaum Etablierungschancen. Die Schill-Partei blieb trotz ihres kurzfristigen Erfolges 2001 in Hamburg sonst chancenlos – bei den niedersächsischen Landtagswahlen 2003 kam die neue bürgerliche Protestpartei gerade einmal auf ein Prozent.¹⁹⁹ Auch die Republikaner konnten sich in Niedersachsen nicht konsolidieren; sie hatten im norddeutschen Raum kaum Mitglieder gewinnen und lediglich fragile organisatorische Strukturen aufbauen können.²⁰⁰ Die Freien Kameradschaften banden sich in dieser Dekade daher immer stärker an die NPD. In den 1990er Jahren doch gerade in Abgrenzung von Parteistrukturen entstanden, suchten sie nun, nach – organisatorisch wie finanziell – ernüchternden Phasen, wieder die Kooperation, vor allem mit der NPD. Beispielsweise unterstützte die Partei 2003 die Gründung der Kameradschaft Göttingen, die allerdings keine langfristige Bedeutung in der Szene einnehmen konnte.²⁰¹ Diese informellen Koordinationsformate zwischen verschiedenen rechtsradikalen Strömungen und Subkulturen – von den Freien Kräften über die Parteisoldaten bis zu den Skinheads – bauten sich Anfang der 2000er Jahre gerade auch durch die zunehmende Anzahl von sogenannten Rechtsrock-Konzerten und Demonstrationen, zu denen bundesweit mobilisiert wurde, weiter aus.

Auch in dieser Zeit blieb Südniedersachsen eine Schwerpunktregion der rechtsradikalen Szene, da die Kameradschaftsstrukturen sich hier durch Netzwerke besonders gut mobilisieren ließen.²⁰² Diese hatten zuvor vor allem die Freien Kräfte,

198 Vgl. Brandstetter, Marc: Die NPD unter Udo Voigt: Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2013.

199 Vgl. Kreutzberger, Wolfgang: Schill in Niedersachsen. Charakter und Chancen einer städtischen Protestpartei von rechts im Flächenstaat, in: Perels, Joachim (Hg.): Der Rechtsradikalismus – ein Randphänomen? Kritische Analysen, Hannover 2003, S. 67–115.

200 Vgl. Fascher, Eckhard: Vor unserer Haustür! Rechtsextremismus in Südniedersachsen, VUK-Broschüre, Göttingen 2001, S. 13.

201 Vgl. Das Redaktionskollektiv: Neonazis in Südniedersachsen, S. 23.

202 Vgl. Fascher: Vor unserer Haustür!

wie die berüchtigte Kameradschaft Hamburger Sturm oder die Kameradschaft Lüneburg/Uelzen Trupp 16, aufgebaut. Als die Kameradschaft Hamburger Sturm verboten wurde, konnten andere Gruppierungen deren Wurzelwerk weiter nutzen.²⁰³ Anfang der 2000er Jahre zählten zu den zentralen Kameradschaftsstrukturen im norddeutschen Raum weiterhin die Kameradschaft Northeim und die Kameradschaft Hannover/Celle (Kameradschaft 73); hinzu kamen neue, wie die Kameradschaft Weserbergland oder die Freien Kräfte Barsinghausen.²⁰⁴ Doch gleichzeitig befanden sich diese Strukturen in einer Orientierungskrise. Dies verdeutlicht etwa die 2002 vom Aktionsbüro Norddeutschland initiierte Debatte über die weitere taktisch-aktionistische Ausrichtung der Kameradschaftsszene: Das Diskussionspapier »Demokultur statt Demotourismus« warf der eigenen Szene vor, einem »Spaßfaktor« zu verfallen und kaum neue Mitglieder zu rekrutieren.²⁰⁵

Doch führte die kurzfristige Auseinandersetzung zu keinen weiteren Konsequenzen; stattdessen wurde die Frequenz der Demonstrationen tendenziell beibehalten. Die zentrale Integrationsfigur für die neonazistische Szene blieb der Netzwerker und Organisator Christian Worch.²⁰⁶ Dass Worch hier als zentraler Protagonist herausgehoben wird, verdeutlicht allein schon im Unterschied zu den zuvor erwähnten Persönlichkeiten die Wandlungen des deutschen Rechtsradikalismus: von v. Thadden über Kühnen zu Worch. War der Rechtsradikalismus eines v. Thadden tendenziell noch alt-bürgerlich (und aristokratisch) sowie parlamentarisch ausgerichtet, verschärften sich von Kühnen zu Worch die politischen Positionen, die immer rabiater und antiparlamentarischer wurden, und zugleich brachte der juvenil daherkommende Rechtsradikalismus immer stärker aktionistisch-kämpferische Persönlichkeiten hervor.

Die formalisierte Kooperation zwischen den Freien Kräften und der NPD zeichnete sich auch auf personeller Ebene ab. So trat der niedersächsische Kameradschaftsführer Thorsten Heise, der zwischenzeitlich mit seiner Familie nach Fretterode ins thüringische Eichsfeld gezogen war, Anfang der 2000er Jahre in die NPD ein und verlagerte seine Aktivitäten stetig hin zur Organisation von Konzerten und zum Vertrieb von Tonträgern.

Dass die NPD in jenen Jahren ihre Stellung im neonazistischen Spektrum tendenziell festigte, exemplifiziert auch die Personalie Jürgen Rieger. Der Hamburger Rechtsanwalt hatte der NPD bis dahin eher skeptisch gegenübergestanden, doch 2006 schloss er sich der Partei an und übernahm vor allem im norddeutschen Raum zugleich zentrale organisatorische sowie finanzielle Vernetzungsfunktionen. Die

203 Vgl. Grumke/Wagner: Handbuch Rechtsradikalismus, S. 391.

204 Vgl. Röpke: »Wir erobern die Städte vom Land aus!«, S. 136ff.

205 Vgl. Erb, Rainer: Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 142–176, hier S. 174.

206 Siehe Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus, S. 100.

niedersächsische NPD zählte 2005 ungefähr 450 Mitglieder. In der Forschungsliteratur wurden für die Nullerjahre vier NPD-Wirkungsbereiche hervorgehoben, die allerdings – vergleicht man sie mit den lokalen Verdichtungsräumen der 1970er und 1980er Jahre – an Evidenz verloren haben: In Niedersachsen war die NPD besonders aktiv im Kreis Lüneburg um Manfred Börm, in Stade um Adolf Dammann, in Osnabrück um Franz-Josef Möllenkamp und – etwas abgeschwächt – in Göttingen um das »eingespielte Führungsgespann Stephan Pfingsten und Martin Gotthardt«²⁰⁷.

Doch deutet die relativ geringe Mitgliederzahl zugleich auf die zunehmend strukturellen Probleme im rechtsradikalen Lager hin, die sich bereits bei der NPD-Jugendorganisation JN abzeichneten. Zuvor führende JN-Kader wie Holger Apfel aus Hildesheim waren nun altersbedingt nur noch in der NPD aktiv und die neue Konkurrenzsituation hinsichtlich der Freien Kräfte verschärfte die materiellen wie personellen Nachwuchsprobleme. Unabhängig von diesen Parteistrukturen radikalisierten sich neonazistische und völkische Formationen weiter. Nach dem Verbot der Wiking-Jugend 1994 beerbte die bereits 1990 gegründete Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) die organisatorische Bedeutung der WJ. Die HDJ wurde zu einer zentralen subkulturellen Kaderschmiede und Vernetzungsstruktur unterschiedlicher rechtsradikaler, neonazistischer, völkischer sowie germanisch-heidnischer Strömungen. Über die internen Strukturen, die Mitglieder und deren Vernetzung sowie über lokale Schwerpunkte liegen kaum valide Quellen vor. Zumindest aber verzeichnete das niedersächsische Innenministerium ab Mitte der 2000er Jahre gestiegene Aktivitäten der HDJ in Niedersachsen.²⁰⁸ Als die Organisation mit über 500 Mitgliedern und gewaltorientierten Aktionen bundesweite Aufmerksamkeit erregte, wurde die HDJ 2009 vom Bundesinnenministerium verboten. Seitdem hat sich keine vergleichbare Nachfolgeorganisation mehr etabliert.

2.7 Die AfD als Symbol des politischen Formwandels

Will man nun mehr über die historisch-kulturellen Traditionslinien in Niedersachsen und die Entwicklungen des Rechtsradikalismus bis zur Gegenwart herausfinden, so stößt man auf zwei gravierende Mängel: Zum einen ist diesbezüglich eindeutig ein Forschungsdefizit auszumachen, liegen über diese Entwicklungslinien für die Zeit nach den 1990er Jahren doch kaum Untersuchungen vor – und wenn, dann konzentrieren sie sich zumeist auf historische Entwicklungen. Zum anderen

207 Röpke: »Wir erobern die Städte vom Land aus!«, S. 42.

208 Siehe Niedersächsisches Innenministerium: Antwort auf die Kleine Anfrage: Aktivitäten der rechtsextremistischen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) im Land Niedersachsen, Drs. 16/988 v. 06.03.2009.

ist festzuhalten, dass die heutige Forschung – und dies ist strukturell wohl auch dem ersten Defizit geschuldet – von den Daten und Angaben des Verfassungsschutzes abhängig ist. Denn dieser erzeugt Material, auf das sich unweigerlich bezogen werden muss, weil sonst kaum Angaben, Statistiken und Befunde über diese Entwicklungen existieren. Insofern hat der Verfassungsschutz Deutungshoheit, ist aber gleichsam auch auf sich allein gestellt.

Dieses Problem zeigt sich im historischen Abriss ganz konkret ab dem Zeitpunkt Mitte der 2000er Jahre, als die Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien in allen Regionen Niedersachsens in den Promillebereich zurückgingen und auch andere rechtsradikale Netzwerke infolge ihrer gewandelten Erscheinungsformen kaum mehr dermaßen stark im öffentlichen Raum präsent waren wie noch ihre Vorgängerorganisationen. Aber natürlich bedeutet dieser öffentliche Bedeutungsverlust keineswegs, dass damit auch die rechtsradikalen Bewusstseinsformen verschwunden wären.

Aufgrund mangelnder Erkenntnisse, die unabhängig von den Angaben des Verfassungsschutzes sind, stößt die Beschreibung hier an ihre Grenzen. Aus diesem Grund muss der nachfolgende Gang der Untersuchung gewissermaßen einen Perspektivwechsel vollziehen und mithilfe anderer Materialien zumindest versuchen, sich dennoch den regionalen Besonderheiten anzunähern – auch wenn von vornherein eingestanden werden muss, dass die Güte dieser Materialien umso stärker abnimmt, je mehr sich diese Quellen auch selbst auf Berichte des Verfassungsschutzes berufen, deren Angaben wiederum – bedingt durch die Logik der Institution – intersubjektiv nicht überprüfbar sind. Im Folgenden wird daher versucht, sich den regionalen Ausprägungen des Rechtsradikalismus mithilfe anderer Statistiken und Daten anzunähern; doch wird auch diese Darstellung – entsprechend der obigen Erläuterung: bezeichnenderweise – nicht ganz auf die Angaben des Verfassungsschutzes verzichten können.

Insofern folgt allein hieraus schon die Erkenntnis – aus Sicht der Forschung geradezu die dringende Notwendigkeit –, dass vor allem im historisch-kritischen Vergleich die Daten, Materialien und Urteile des Verfassungsschutzes nach und nach überprüft und ergänzt werden müssen. Dass Positionsbestimmungen und Bewertungen staatlicher Behörden reflektiert werden müssen, zeigt sich beispielsweise auch an ihrem Urteil über den Zustand des Rechtsradikalismus Ende der 2000er Jahre. Denn der Verfassungsschutz befindet, dass es in dieser Zeit – wie bereits in den 1980er Jahren – einen »Strukturwandel des Rechtsextremismus in Niedersachsen«²⁰⁹ gegeben habe. Allerdings liegen dieser Bewertung lediglich Mitgliederzahlen oder vermutete (zugeschriebene) Anhängerschaften bestimmter Organisationen als Maßstab zugrunde. Diese Angaben sind in jedem Fall wichtig und

209 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2016, Hannover 2016, S. 20f.

hilfreich, zeichnen aber eben nur *ein* Bild des Rechtsradikalismus qua Identifizierung und Personalisierung, entsprechend dem institutionellen Auftrag des Verfassungsschutzes.

Doch bedeutet dies freilich nicht, dass sich auch die Forschung allein auf diese Perspektive beschränken muss. Denn durch diese Verengung des politischen Phänomens geraten – erwartungsgemäß – anderweitige Ausprägungen oder kulturelle Konturen des Rechtsradikalismus aus dem Blickfeld. Dieses Forschungsdefizit gilt es in nachfolgenden Studien aufzuarbeiten. Aber bis dahin lassen sich – noch einmal: aufgrund der fehlenden Materialgrundlage – hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Rechtsradikalismus mithilfe der Organisationen und Anhängerschaften lediglich Anhaltspunkte und schematische Umrisse zeichnen.

Blickt man vor diesem Hintergrund konkret auf die NPD, so verlor diese immer stärker an praktischer Bedeutung; ihre Mitgliederzahlen waren seit 2007/08 stetig rückläufig: 2017 soll sie noch ca. 300 Personen gezählt haben.²¹⁰ Retrospektiv kann das Jahr 2009 als eine Art Scheidungsjahr für den organisierten Rechtsradikalismus angesehen werden. Zwar konnte die NPD damals in Sachsen mit 5,6 Prozent wieder in den Landtag einziehen; doch in Thüringen, wo die Partei viel Energie in den Wahlkampf gesteckt hatte, scheiterte sie im selben Jahr mit knapp 4,3 Prozent; auch im Saarland brach sie damals auf 1,5 Prozent ein. Bei den Europawahlen konnte die NPD hingegen nicht einmal antreten, und bei den Bundestagswahlen kam sie zwar immerhin auf 1,5 Prozent, was allerdings eher ihren marginalen Charakter unterstrich.²¹¹ Damit zusammenhängend verlor die NPD in jenen Umbruchsjahren erneut ihre organisatorische Vormachtstellung im rechtsradikalen Spektrum, büßte an Mobilisierungskraft ein.

Dies deutete sich bereits durch neue Bürgerbewegungen an, wie beispielsweise die sogenannten Pro-Bewegungen vor allem in Nordrhein-Westfalen ab Anfang der 2010er Jahre. Zunehmend entstanden andere subkulturelle Phänomene, welche die NPD mit ihrem Programm kaum anzusprechen vermochte. In jenen Jahren zwischen Thilo Sarrazins Erfolgsprovokation »Deutschland schafft sich ab« (2010) und den neuen Protestaktivisten um PEGIDA hat sich offenkundig ein neues gesellschaftliches Bedürfnis nach rechtsradikalen, mindestens autoritären, völkischen und antiliberalen Positionen entwickelt, das sich zugleich demonstrativ von klassischen rechtsradikalen Organisationen abzugrenzen pflegt.²¹²

Exemplarisch hierfür stehen die aus den Freien Kameradschaften hervorgegangenen Autonomen Nationalisten (AN). Diese Unterströmung verstand sich als ak-

210 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2017, Hannover 2017, S. 16.

211 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 136f.

212 Zum Formwandel des Rechtsextremismus auch Pfahl-Traugher, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 303–338, hier S. 320f.

tionistischer, teils gewaltbereiter Flügel, der sich weniger an Organisationsstrukturen als vielmehr an Lebensstilfragen orientierte.²¹³ Die Mitgliederzahl dieser Gruppierung allein in Niedersachsen soll 2011 rund 400 betragen haben.²¹⁴ Aus diesem Spektrum speiste sich später die Identitäre Bewegung (IB), die in Niedersachsen laut Verfassungsschutzbericht 2016 rund fünfzig Anhänger zählen soll.²¹⁵ Die Diversifikation und Zersplitterung in Einzelspektren der rechtsradikalen Szene verdeutlicht ein Blick auf die Mitgliederstatistiken: 2012 gab es nach Angaben des Verfassungsschutzes in ganz Niedersachsen 550 Mitglieder rechtsradikaler Parteien, 400 Neonazis sowie 685 »Personen, die der rechtsextremistischen Subkultur zugerechnet werden [...]. 920 Rechtsradikale in Niedersachsen werden als gewaltbereit eingestuft.«²¹⁶ So wurde etwa 2012 die Neonazi-Gruppe »Besseres Hannover«, die sich seit 2010 kurzfristig immer mehr zur bedeutendsten Gruppierung Niedersachsens entwickelt hatte, nach Razzien vom Innenministerium verboten. Dadurch verlor die lokale Szene kurzzeitig ihre Organisations- und Vernetzungsstruktur, woraufhin einige ehemalige Mitglieder neue Organisationen gründeten.²¹⁷

Auch erhält die NPD nunmehr parteipolitisch neue Konkurrenz: Parteien wie »Der III. Weg« oder »Die Rechte« versuchen zunehmend, die NPD als Dachorganisation der Aktionsgruppen, Autonomen Nationalisten, Freien Kräfte, Kameradschaften und JN-Aktivistinnen in den Regionen zu verdrängen.²¹⁸ Bis heute ist »Der III. Weg« in Niedersachsen allerdings nur in einzelnen Regionen organisatorisch strukturiert; und auch die Partei »Die Rechte«, die 2012 von dem Kameradschaftsführer und ehernen Anti-Parteiaktivisten Christian Worch mitgegründet wurde, soll laut den Verfassungsschutzberichten 2016 und 2017 in Niedersachsen lediglich noch vierzig Mitglieder zählen.

In diesem Zusammenhang lässt sich in den vergangenen Jahren ein Wandel der neonazistischen Szene beobachten. Gerade die Demonstrationen in Bad Nenndorf galten jahrelang als zentraler Symbolort: Seit 2006 fand ein »Trauermarsch« zum Bad Nenndorfer Wincklerbad westlich von Hannover statt. Zu dieser Demonstration kamen 2010 mehr als 900 Anhänger aus der ganzen Republik, 2015 waren es

213 Vgl. Sager, Thomas: Freund oder Feind? Das widersprüchliche Verhältnis von »Autonomen Nationalisten«, NPD und neonazistischer Kameradschaftsszene, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 105-120.

214 Siehe Wallbaum, Klaus: Rechtsextreme Gruppen in Niedersachsen werden stärker, in: Hannoversche Allgemeine, 05.02.2011.

215 Auch für 2017 spricht der Verfassungsschutz von ca. fünfzig Mitgliedern; vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2017, S. 16.

216 O.V.: 2000 Rechtsextreme in Niedersachsen, in: Hannoversche Allgemeine, 09.02.2012.

217 Vgl. o.V.: Rechte Szene in Niedersachsen geschwächt, in: Hamburger Abendblatt, 23.09.2013.

218 Vgl. Puls, Hendrik: Die Anti-Asyl-Agitation des Neonazi-Spektrums. NPD, »Die Rechte« und »Der III. Weg«, in: Häusler, Alexander/Virchow, Fabian (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Eine Flugschrift, Hamburg 2016, S. 105-114.

dann nur noch 180. Inzwischen findet der »Trauermarsch« nicht mehr statt.²¹⁹ Aber auch der Trend zur Bildung loser, autonomer Gruppen mit lokalem oder regionalem Radius hat weiter zugenommen. Häufig war dies mit einer aktionistischen Orientierung und einem Label-Wechsel hin zu sogenannten Aktionsgruppen verbunden. Ein Beispiel hierfür ist das Aktionsbündnis 38, in welchem u.a. lokale Aktionsgruppen und Freie Kräfte aus Braunschweig, Wolfsburg, Gifhorn, Helmstedt und Wolfenbüttel aufgegangen sind. Hier bestehen zudem deutliche personelle Überschneidungen zur Partei »Die Rechte«. Weiterhin entstanden etwa die Aktionsgruppe Weserbergland und die Aktionsgruppe Nordheide, die neben den Freien Kräften Celle, der Kameradschaft Northeim, den Freien Kräften Ostfriesland oder den Autonomen Nationalisten in Bückeburg und Nienburg zu den Aktivisten in Niedersachsen gehören.²²⁰ Die Kameradschaft Northeim existiert heute de facto allerdings nicht mehr; und auch die NPD verliert immer mehr an Rückhalt.

Ihr zweites Verbotsverfahren wurde mit verfassungsgerichtlicher Bescheinigung aufgrund politischer Bedeutungslosigkeit eingestellt. Sie hat erstens für das rechtsradikale Spektrum derzeit zu »schwache Angebotsstrukturen«²²¹ und zweitens bei Wahlen kaum mehr Erfolge: Landesweit verfügte die NPD nach den Kommunalwahlen 2016 in Niedersachsen lediglich noch über zwanzig Mandate: in der Harzregion mit den Gemeinden Vienenburg, Bad Lauterberg, Herzberg, dem Landkreis Goslar, im Bereich Heide im Landkreis Heidekreis, der Stadt Munster und Schneverdingen, in Südost-Niedersachsen in der Vertretung des Landkreises Helmstedt, der Samtgemeinde Nord-Elm, Gemeinde Süplingen, der Stadt Helmstedt sowie dem Ortsrat Emmerstedt. Weitere Mandate bestehen im Landkreis Stade, Landkreis Rotenburg (Wümme), Landkreis und Stadt Verden sowie in der Stadt Oldenburg. Nichtsdestotrotz existieren heute weiterhin rechtsradikale Netzwerkstrukturen, wie beispielsweise im Umkreis von Südniedersachsen, Nordhessen und Nordthüringen. Gerade auf der kleineren politischen Ebene dominiert nunmehr jedoch die neue Sammlungspartei rechts der Mitte, die AfD²²², die inzwischen deutlich mehr Mandate als die NPD gewinnt.

219 Vgl. o.V.: Bad Nenndorf feiert Widerstand gegen Neonazis, in: Hannoversche Allgemeine, 05.08.2017.

220 Vgl. Koch, Reinhard: Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Niedersachsens, in: Bund der Deutschen Landjugend (Hg.): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen, Berlin 2017, S. 107–112, hier S. 109.

221 Jesse, Eckhard: Die NPD und der gescheiterte Verbandsantrag gegen sie, in: Koschkar, Martin/Ruvituso, Clara (Hg.): Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur, Wiesbaden 2018, S. 349–369, hier S. 366.

222 Vgl. Hensel, Alexander u.a.: Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition, Frankfurt a.M. 2017, S. 21.

Laut niedersächsischem Verfassungsschutz gebe es derzeit noch rund 280 Neonazis sowie 600 Personen des subkulturell geprägten »Rechtsextremismus«.²²³ Diese Entwicklung interpretiert der Verfassungsschutz dahingehend, dass »sich die gewohnten Organisationsformen überlebt« hätten und einer »neuen Unübersichtlichkeit« gewichen seien – denn statt fester Organisationsformen rekrutiere sich die rechtsradikale Szene inzwischen stärker durch »anlassbezogene Aktionsformen von nur temporärer Bestandsdauer«.²²⁴ Die sogenannten Bürgerwehren im Zuge der »Flüchtlingskrise« seit 2015 wurden schließlich, soweit valides Datenmaterial zu diesen Organisations- und Aktionsformen existiert, nur teilweise vom organisierten rechtsradikalen Spektrum getragen.²²⁵ Das fast schon euphemistisch anmutende Phänomen der sogenannten Wutbürger ist nur ein Beispiel für die vielfältigen neuen Ausdrucksformen rechtsradikalen Aufbegehrens.²²⁶ Diese Entwicklungen haben sich, soweit dies Anfang 2019 beurteilt werden kann, weitgehend vom tradierten Rechtsradikalismus gelöst – auch wenn freilich in Niedersachsen noch autonome freie neonazistische Kräfte existieren, wie etwa die »Volksbewegung Niedersachsen«.²²⁷

Betrachtet man also lediglich die tradiert-etablierten Strukturen des politischen Rechtsradikalismus, könnte der Eindruck entstehen, dieser spiele heute kaum mehr eine politisch-gewichtige Rolle. Doch in den vergangenen Jahren hat sich fraglos das Verständnis davon gewandelt, was wir gesamtgesellschaftlich als »rechts« verstehen. Die traditionellen rechtsradikalen Gruppierungen agieren zwar weiterhin im klandestinen Raum; aber sie verlieren tendenziell immer stärker an öffentlicher Resonanz. Die NPD etwa steckt, wie schon beschrieben, in einer schweren, existenziellen Krise. Bereits bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 2016 trat sie nur noch in wenigen Kreisen an; und wenn, dann erzielte sie lediglich Ergebnisse im unteren Promillebereich. Die einzige lokal-kulturelle Ausnahme bildete Helmstedt, wo die Partei 1,6 Prozent erhielt. Dies lag aber vor allem an der NPD-Ikone Adolf Preuß, einem Landwirt, der dort schon seit 1968 für die NPD im Gemeinderat sitzt und sich in unzähligen Vereinen der

223 Siehe Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2017, S. 16.

224 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2016, S. 22.

225 Vgl. Steppat, Timo: Bürgerwehren: Selbsthilfe gegen die da draußen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.2014; Quent, Matthias: Bürgerwehren: Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation? Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2016.

226 Vgl. Franke, Berthold: Aus Angst wird Wut wird Hass. Ein Wiedersehen mit dem Kleinbürger, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6/2017, S. 89–99.

227 Vgl. Knepper, Niklas: Marginalisiert und doch gefährlich! Südniedersächsische Neonazi-Gruppierung »Volksbewegung Niedersachsen« zwischen Bedeutungsverlust und Gewalt, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 67–76.

Region engagiert.²²⁸ Zur Landtagswahl 2017 trat die NPD dann nicht einmal mehr an. Dies deutet auf eine zweifache Veränderung hin: der gesellschaftlichen Basis, die ihre rechtsradikale Mentalität sowie die dazugehörigen Politik- und Gesellschaftsvorstellungen nun offensichtlich anders artikulieren will; und der Angebotsstrukturen, um diesem gewandelten Bedürfnis entsprechen zu können.

Inzwischen hat eine weitere Partei die bundespolitische Bühne betreten, um eine nationale Erneuerung anzustoßen: die Alternative für Deutschland. Die AfD ist gewissermaßen teilweise das Produkt unterschiedlichster gesellschaftlicher Entwicklungen sowohl innerhalb des organisierten Rechtsradikalismus, der immer stärker an Attraktivität eingebüßt hat, als auch innerhalb solcher Milieu- und Klassenfragmente, die zuvor noch keine rechtsradikalen Parteien gewählt hatten. Zum einen integriert die AfD zunehmend kleine rechtsradikale Gruppen, wie beispielsweise die Ende 2017 aufgelöste »pro Deutschland«-Bewegung; zum anderen erzielt sie zugleich beträchtliche Wahlerfolge innerhalb der bürgerlichen Mittelschichten. Wie erste statistische Wahlenanalysen belegen, greift die »Prekaritäts-« oder auch die »Modernisierungsverlierer«-These – also die Vorstellung, dass sozioökonomisch Abgehängte (oder sich zumindest so Fühlende) eher rechtsradikale Parteien wählen – mit Blick auf die AfD-Wählerschaft deutlich zu kurz.²²⁹

Die erst 2013 gegründete Partei versammelt unterschiedlichste gesellschaftliche Verwerfungserscheinungen und kanalisiert verschiedene Bedürfnisse sowie Motive in einer rabiat-larmoyant rechtsnationalistischen Anklage. Schließlich ist vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen auch weiterhin davon auszugehen, dass sich Frustrationen in der bürgerlichen Mitte in der »Misstrauensgesellschaft« weiter ausbreiten werden und dass die AfD zumindest kurz- bis mittelfristig davon profitieren wird.²³⁰ Zumindest auszuschließen sind solche Befürchtungen aktuell jedenfalls nicht, wie beispielsweise eine Studie aus dem Jahr 2017 über die Frustra-

228 Vgl. Weser-Kurier: Rechtsabbieger. Die unterschätzte Gefahr: Neonazis in Niedersachsen, Bremen 2008, S. 102f.

229 Schmitt-Beck, Rüdiger/Deth, Jan W. van/Staudt, Alexander: Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 27 (2017), H. 3, S. 273–303; Lengfeld, Holger: Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 69 (2017), H. 2, S. 209–232.

230 Dass sich neue Konfliktlinien quer zu gesellschaftlichen Klassenstrukturen bilden, gehört derzeit schließlich zu den Ambivalenzen. Werden bspw. Frustration, Ohnmacht oder Verunsicherung über die Furcht und Ablehnung von Migration kompensiert, so erhöht sich statusunabhängig quer durch alle Gesellschaftsteile die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen; vgl. Hambauer, Verena/Mays, Anja: Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 12 (2018), H. 1, S. 133–154.

tion und die politische Spaltung innerhalb der CDU-Mitgliedschaft unlängst belegt hat.²³¹

Gegenwärtig tut sich die AfD in Niedersachsen noch verhältnismäßig schwer – nicht nur im Ost-West-Vergleich, sondern auch im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Hessen, in denen die Partei organisatorisch stärker aufgebaut ist und auch deutlich bessere Wahlergebnisse erzielt. Doch auch in Niedersachsen deuten sich gesellschaftliche Tendenzen der Frustration, politischen Verhärtung und Verkrustung an, die zwar spezifisch in ganz heterogenen Wählergruppen und diversifizierten Wahlmotiven münden, von denen die AfD aber in Zukunft profitieren könnte.²³²

Und doch bleibt zugleich aufgrund der Ambivalenzen der politischen Kultur offen, ob die AfD in Niedersachsen noch weiteren Zulauf erhalten wird. Die Partei symbolisiert *pars pro toto* die gesellschaftlichen und politischen Verschiebungen in der Deutungskultur und steht damit stellvertretend für die neuen gesellschaftlichen Tendenzen. Prinzipiell lassen sich drei Ebenen unterscheiden, die für die weitere Entwicklung der AfD mitentscheidend sein werden: *Erstens* wird es darauf ankommen, wie sie sich auf einer organisatorischen Ebene weiterentwickelt, wie sie agiert und vor allem wie auf sie reagiert wird – denn dieses Wechselspiel bestimmt den Handlungsspielraum der Parteifunktionäre. *Zweitens* wird sich zeigen, ob sich innerhalb der Anhängerschaft die Parteiidentifikation erhöhen wird und ob die AfD einen steten Wählerstamm wird aufbauen können. Und *drittens* wird es darauf ankommen, wie sehr sich politische Frustration, Misstrauen und Apathie in größeren Teilen der Gesellschaft bereits verfestigt haben. Denn noch ist offen, wie hoch inzwischen überhaupt der gesellschaftliche Anteil derer ist, die zumindest potenziell in den Radius der AfD fallen, wie hoch der Anteil an stillen Sympathisanten der Partei ist und damit auch, wie weit fortgeschritten die postulierte gesellschaftliche Spaltung inzwischen tatsächlich ist. Jedenfalls wird sich erst noch herausstellen, in welche Richtung die sich verändernden Erwartungshaltungen²³³, die rumorenden Frustrationsschübe, die Verbitterung über politische Entscheidungsträger, der Statusfatalismus und die gewandelten Mentalitätsbestände sich entwickeln werden, kurzum: Welche Konsequenzen sich aus dem »zunehmende[n] Tribalismus der modernen Gesellschaft«²³⁴, der sich schon seit Jahren abzeichnet,²³⁵ ergeben werden. Erst dann wird sich zeigen, welchen Einfluss die AfD – hier als stellvertretendes Symbol der Ausdifferenzierung politischer Lager und

231 Siehe Neu, Viola: »Ich wollte etwas bewegen.« Die Mitglieder der CDU. Eine Empirische Analyse von Mitgliedern, Wählern und der Bevölkerung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2017.

232 Vgl. Finkbeiner: Mächtiges Überraschen.

233 Vgl. Walter: Zeiten des Umbruchs?, S. 204.

234 Ebd., S. 43.

235 Vgl. Walter, Franz: Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung, Frankfurt a.M. 2008.

Teilkulturen auf Ebene der Deutungskultur – langfristig auch auf die Soziokultur und damit auf die politische Kultur insgesamt haben wird.

Vor dem Hintergrund dieses historischen Abrisses drängt der Blick in die Gegenwart. In drei aktuellen Fallbeispielen haben wir die Aushandlungsformen und -modi rechtsradikaler Ereignisse und Phänomene in lokalen Kontexten analysiert, um diese als Teil der Deutungskultur (und damit als Teil der regionalen politischen Kultur) vor Ort besser verstehen zu können.

